

Rio20 plus –

Ein Kursbuch für
lokale Nachhaltigkeitsinitiativen



AutorInnen

Stefan Kuhn
Claudia Kiso
Carsten Rothballer

Impressum

ICLEI – Local Governments for Sustainability

Europasekretariat GmbH
Leopoldring 3
D-79098 Freiburg im Breisgau
Telefon: +49 761 36 89 20
www.iclei-europe.org

Danke

Diese Publikation wurde im Rahmen des vom Umweltbundesamt geförderten Forschungsvorhabens „Ergebnisauswertung der Aufträge für die Kommunen im Nachgang der Rio+20 Konferenz und Diskussion erster Umsetzungsideen für die kommunale Praxis“ (FKZ: 3712 11 102) erstellt und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) unterstützt.

Die AutorInnen möchten sich herzlich bei allen bedanken, die dieses Projekt unterstützt haben, insbesondere bei allen TeilnehmerInnen der beiden Vorbereitungsworkshops, die hilfreiche Hinweise und Denkanstöße geliefert haben, sowie bei Dirk Kron von suedlicht Freiburg für die Konzeption und Moderation der Workshops.

Für die kompetente Betreuung und konstruktive Zusammenarbeit während des Projektes möchten wir uns herzlich bei Martina Eick vom Umweltbundesamt bedanken.

Gestaltung: design_idee, büro_für_gestaltung, Erfurt
Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Weimar
Stand: Juni 2013
Auflage: 1.000 Exemplare



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Fotonachweis:

Titel: Sergio Gibellini, Flickr, CC BY-NC-ND 2.0	S. 17: ICLEI Europe, Carsten Rothballer	36, 38, 40 und 42
S. 4: ICLEI Europe, Stefan Kuhn	S. 18: Hansenit, Flickr, CC BY 2.0	S. 28: ICLEI Europe, Peter Defranceschi
S. 6: ICLEI Europe, Claudia Kiso	S. 19: Anton Foltin, dreamstime	S. 30: Has1sue, Dreamstime
S. 8: ICLEI Europe, Stefan Kuhn	S. 20: Young people running in a park, Getty Images	S. 32: compact.2, Flickr, CC BY-NC 2.0
S. 11: ICLEI – Local Governments for Sustainability, Global Town Hall Belo Horizonte, © ICLEI e.V. 2012	S. 21: Map and magnifying glass, dreamstime	S. 34: A_G, Flickr, CC BY 2.0
S. 12: ICLEI – Local Governments for Sustainability, Global Town Hall, © ICLEI e.V. 2012	S. 24: i k o, Flickr, CC BY-NC-SA 2.0	S. 36: Cathy Andersen, Flickr, CC BY-NC 2.0
S. 15: UN_PHOTO_CONFERENCE, Flickr, Rio+20 Family	S. 27 (mi): Dirk Schumann/Fotolia.com	S. 38: Darryl Sleath/Fotolia.com
	S. 27: Composing von Seite 28, 30, 32, 34,	S. 40: ICLEI Europe, Claudia Kiso
		S. 42: ICLEI Europe, Stefan Kuhn
		S. 44: ICLEI Europe, Stefan Kuhn
		S. 46: ICLEI Europe, Stefan Kuhn

Inhaltsverzeichnis

Durch Stürme und Flauten	5
Die große Regatta	9
Die Segel setzen	19
Gegenwind	22
Rückenwind	23
Kurs auf neue Horizonte	25
Sich gemeinsam hinter ein erreichbares Leit-Ziel stellen	28
Nachhaltigkeitssteuerung institutionell verankern	30
Von zivilgesellschaftlichem Engagement getragene Bewegung ermöglichen	32
Vom 'gefällt mir' zum 'mach ich'	34
Beim Wirtschaften ansetzen	36
Regenerative, ressourcenproduktive Stadtregionen schaffen	38
Lokale Antworten auf die Frage nach dem 'rechten Maß' finden	40
Über das Hier und Jetzt hinausdenken	42
Land in Sicht!	45
Taue, Anker und Haken	47



„Gott schuf das Meer, wir das Schiff.
Gott schuf den Wind, wir die Segel.
Gott schuf die Windstille, wir die Ruder.“

Aus Afrika

Durch Stürme und Flauten

Die Konferenz der Vereinten Nationen zur Nachhaltigen Entwicklung, die im Juni 2012 in Rio de Janeiro (Brasilien) stattfand, war einer der Meilensteine für die globale Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. 20 Jahre nach der ebenfalls in Rio de Janeiro 1992 veranstalteten UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung war das in der öffentlichen Berichterstattung als 'Rio+20' bezeichnete Großereignis von Anfang an einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt: So sollte eine Bestandsaufnahme des bisher Erreichten gemacht und der weitere Fahrplan für die Staatengemeinschaft verabredet werden. Wie sieht die Bilanz aus kommunaler Sicht aus? Was wurde erreicht und welche Richtungen stehen lokalen Nachhaltigkeitsprozessen nach Rio+20 offen?

Die Ergebnisse der ersten Rio-Konferenz 1992 enthielten einen klaren Handlungsauftrag für die Kommunen, der zu seiner Zeit innovativ und damit attraktiv war: Mit dem in der Agenda 21 enthaltenen Kapitel 28 war die Lokale Agenda 21 geboren, die in den darauf folgenden zwei Jahrzehnten zu einer weltumspannenden kommunalen Nachhaltigkeitsbewegung heranwuchs. Dass zehntausende Kommunen weltweit einem gemeinsamen Auftrag und Ziel folgende lokale Prozesse anstoßen, hatte es in der Geschichte bis dahin noch nie gegeben.

20 Jahre später: Im Abschlussdokument der Rio+20 Konferenz 'The Future We Want' ('Die Zukunft, die wir wollen') sind die Bezüge zur kommunalen Ebene nicht in einem eigenen Kapitel zusammengefasst, sondern breit in die thematischen Kapitel integriert. Quer durch die Absätze zu den verschiedensten Themen werden städtische und kommunale Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung 'anerkannt', 'befürwortet', 'gefordert' oder 'unterstützt'. Neue Wege, Themen, Programme, Modelle und Partnerschaften werden im Ergebnisdokument grob umrissen, die konkrete Ausgestaltung der Umsetzung wird auch in die Verantwortung der Kommunen gelegt. An verschiedenen Stellen werden Ausblicke auf die weitere Entwicklung von Prozessen gegeben, deren Erfolg oder Misserfolg von der zukünftigen Umsetzung abhängen. Die zentrale Bedeutung der unterschiedlichen politischen Ebenen wird explizit herausgestellt – und die Kommunen werden als wesentlicher Akteur bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien zur nachhaltigen Entwicklung genannt. Auf Seite 14 dieses Leitfadens sind die wesentlichen Textstellen aus 'Die Zukunft, die wir wollen' zusammengestellt. Wie schon vor 20 Jahren wird sich der wahre Erfolg von Rio+20 erst im Nachgang zeigen, klar ist jedoch, dass den Kommunen innerhalb einer Multilevel-Governance für eine global nachhaltige Entwicklung eine wichtige Rolle zukommt.

Anerkennung und Auftrag: Worum es in dieser Broschüre geht

Die Wertschätzung der kommunalen Nachhaltigkeitsarbeit durch die Nationalstaaten, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen während der Rio+20 Konferenz bezog sich immer wieder auf die Nähe der Städte, Gemeinden und Landkreise zu den Alltagssorgen der BürgerInnen. In zahlreichen Beiträgen wurde auf die vielen erfolgreichen Ansätze einer nachhaltigen Entwicklung verwiesen, die auf kommunaler Ebene quer über den Globus bereits zu beobachten sind. Diese Stärke gilt es nun auch in den kommenden 20 Jahren weiter auszubauen, indem immer mehr Kommunen nachhaltige Entwicklung beispielhaft im 'Kleinen' umsetzen und damit gemeinsam einen Eindruck davon vermitteln, welche Richtungen lokalen Nachhaltigkeitsprozessen zur Weiterentwicklung offenstehen.

Welche Richtungen dies sein könnten, möchte der vorliegende Leitfaden vorstellen. Im Kurzüberblick werden die für die kommunale Nachhaltigkeitsarbeit relevanten Ergebnisse des UN-Gipfels zusammengefasst und die 'Umgebung' beschrieben, in der lokale Nachhaltigkeitsprozesse heutzutage segeln: Wo steht das Thema Nachhaltigkeit, wo liegen inhaltliche Trends, wo die Erkenntnisse aus 20 Jahren Nachhaltigkeitsfahrt? Wo gab es Rückenwind und wo Gegenwind? Im Hauptteil werden acht 'neue Horizonte' eröffnet, zu denen aufzubrechen es sich lohnen mag. Sie wollen Orientierung anbieten sowohl für diejenigen, die schon auf einige Jahre lokaler Nachhaltigkeitsarbeit zurückblicken können und sich nun fragen, wie es weitergehen könnte, als auch für solche, die neu dabei sind und nun die Segel in Richtung Nachhaltigkeit hissen möchten.

SeglerInnen aller Bootsklassen: An wen sich diese Broschüre richtet

Ob Kapitänin, Passagier, Koch oder Bootsbauerin, wenn eines klar geworden ist in 20 Jahren kommunaler Nachhaltigkeitsarbeit in Deutschland, dann dies: Die nachhaltige Stadt, die nachhaltige Gemeinde sind nur als Gemeinschaftswerk zahlreicher Akteure in ihren noch so unterschiedlichen Handlungsfeldern zu erreichen, sonst drohen Kentern und Seenot. Der Kommunalverwaltung und -politik kommt dabei eine herausragende Stellung zu: Sie muss die vielfältigen Beiträge der unterschiedlichen Gruppen vor Ort kennen, als Teil eines großen Ganzen erkennen und zusätzlich eigene Beiträge liefern, damit nachhaltige Entwicklung nicht der Beliebigkeit von Einzelinteressen überlassen wird, sondern das Gemeinwesen für die Zukunft lebensfähig und lebenswert hält. Daher spricht dieser Leitfaden in seinem Grundton vorrangig die Kommunalverwaltung an, und die enthaltenen Praxisbeispiele sind so ausgewählt, dass bei den meisten die Kommunalverwaltung eine wie auch immer definierte Rolle übernimmt. Dennoch: In Sachen Nachhaltigkeit Engagierte aus örtlichen Verbänden, Vereinen, Agendagruppen, Unternehmen, Schulen und anderen Einrichtungen und Gruppen werden darin ebenfalls einen Kompass für die zukünftige Weiterarbeit finden.

Think Tank und Reality Check: Wie diese Broschüre entstanden ist

Der Leitfaden ist zum einen das Werk der AutorInnen, die sich im Vorfeld der UN-Konferenz und in Rio selbst ein Bild davon gemacht haben, wie die Kommunen ihre Positionen in den Verhandlungsprozess einbrachten und welche Impulse für die Kommunen in der Folge des UN-Gipfels ausgehen können. Im Fokus steht also das direkte Wechselspiel zwischen kommunaler und globaler Ebene. Zahlreiche Input- und Outcome-Papiere wurden gesichtet mit Blick darauf, welche neuen Impulse und Stoßrichtungen sich daraus für kommunale Akteure in Deutschland ergeben könnten. Neben diesen Quellen war es außerdem wichtig, die Atmosphäre der größten UN-Konferenz aller Zeiten, die dort wahrnehmbaren Zwischentöne sowie inoffizielle Stellungnahmen in der Broschüre einzufangen.

Zum anderen ist der Leitfaden das Ergebnis eines Dialogprozesses mit deutschen ExpertInnen aus Kommunalpolitik und -verwaltung, Wissenschaft, NGOs, Landes- und Bundesbehörden sowie weiteren Einrichtungen und Verbänden, die sich mit nachhaltiger Stadt- und Gemeindeentwicklung befassen. In zwei Workshops, einem so genannten Think Tank im Februar 2013 und einem Reality Check im Mai 2013 in Berlin, wurden die Ergebnisse von Rio+20 daraufhin untersucht, welche Anknüpfungspunkte sich für deutsche Kommunen und lokale Initiativen anbieten. Die dafür aufbereiteten Vorbereitungs- und Abschlussdokumente wurden mit dem Erfahrungswissen der ExpertInnen angereichert und gemeinsam mit ihnen auf Hinweise für die Weiterentwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland analysiert. Aus diesen Hinweisen wurden im Dialog mit VertreterInnen der kommunalen Praxis gemeinsam Handlungsoptionen entwickelt und in dieser Broschüre zusammengetragen.

Im Ergebnis entstand ein Leitfaden, der kommunalen Akteuren als Wegweiser und Lesehilfe durch die Dokumente und Interpretationen dienen soll, die im Zusammenhang mit Rio+20 entstanden sind.



Rio+20 war ein Ort der Diskussion, der Auseinandersetzung und des Ringens um Lösungen für wichtige Zukunftsfragen. Folgende Zitate sollen hiervon einen Eindruck vermitteln.

Es ist keine Zeit für Reden. Es ist Zeit zu handeln!

Marcelo Ebrard,
Bürgermeister von
Mexico Stadt

Mein Vertrauen liegt bei den Kommunen.

Brittany Triffold, Sprecherin
für die Jugend in Rio+20

Die Frage, wer über die Zukunft entscheiden WIRD, ist eine andere als die, wer über die Zukunft entscheiden SOLL!

Martin Lees, Früherer Generalsekretär des Club of Rome

Die Regierungen sind gelähmt und das macht Ihre [kommunale] Präsenz umso wichtiger.

Christiana Figueres, Generalsekretärin des UN-Sekretariats für die Klimarahmenkonvention

Internationale Konferenzen stoßen an ihre Grenzen.

Peter Altmaier,
Bundesumweltminister

Der Weg zur Nachhaltigkeit führt durch die Städte und Gemeinden der Welt.

Ban Ki-moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen

Lasst uns motiviert nach Hause fahren und die nachhaltige Entwicklung weiterhin als Teil unseres täglichen Lebens betrachten.

Ideli Salvatti, Ministerin für Institutionelle Angelegenheiten, Brasilien

Man kann nicht ehrgeizigere Maßnahmen fordern und dann keinen Ehrgeiz bei der Finanzierung zeigen.

Luiz Alberto Figueiredo Machado,
Gipfelkoordinator Brasiliens¹

Wir können es uns einfach nicht leisten zu versagen.

Hillary Rodham Clinton,
US-Außenministerin⁶

Ein Land ist die Summe seiner Kommunen. Wenn die Kommunen nicht funktionieren, kann auch das Land nicht funktionieren.

Ban-Ki-moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen

In dieser Konferenz geht es um Umsetzung. Es geht um konkrete Maßnahmen. Die freiwilligen Verpflichtungen sind ein wichtiger Teil des Vermächnisses dieser Konferenz. Sie ergänzen die offiziellen Ergebnisse der Konferenz.

Sha Zukang, Generalsekretär der Rio+20 Konferenz⁴

Die Verhandlungen zu Rio+20 haben gezeigt, dass wir auch über neue Formate nachdenken müssen, wie wir international zu Ergebnissen kommen.

Dirk Niebel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung³

Was wir uns von Rio erhofft hatten, war eine Art konkrete Bau- oder Betriebsanleitung für eine bessere Zukunft. Was wir stattdessen bekommen haben, ist ein aufgewärmter Abklatsch längst beschlossener und vereinbarter Erklärungen.

Lutz Ribbe, Direktor der Naturschutzstiftung Euronatur²

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Rio+20 war ein Erfolg.

Ban-Ki-moon,
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Ich sehe den Prozess, Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zu vereinbaren, als konkreten Ausdruck unseres Bekenntnisses zu der Zukunft, die wir wollen.

Sha Zukang, Generalsekretär der Rio+20 Konferenz⁶

Wenn wir nachhaltige Städte und Gemeinden bauen, werden wir an der globalen Nachhaltigkeit bauen.

Ban Ki-moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen



„Gegen Zielsetzungen ist nichts einzuwenden, sofern man sich dadurch nicht von interessanten Umwegen abhalten lässt.“

Oscar Wilde

Die große Regatta

Rio+20 – große Erwartungen im Vorfeld

Zwischen dem 11. und 22. Juni 2012 fand in Rio de Janeiro, Brasilien, die Konferenz der Vereinten Nationen über Nachhaltige Entwicklung (United Nations Conference on Sustainable Development, UNCSD) statt. Zwanzig Jahre nach dem ersten UN-Weltgipfel über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED) am selben Ort sollten nun auf der kurz 'Rio+20' genannten Weltkonferenz das politische Engagement sowie konkrete Aktivitäten zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung neu belebt werden. Bereits im Vorfeld wurden die zwei Konferenzthemen beschlossen: Dies war zum einen das Thema 'Green Economy' (offiziell: 'Green Economy in the context of Sustainable Development and Poverty Eradication'), zum anderen sollte die Reform des institutionellen Rahmens für die weltweite Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung (Institutional Framework for Sustainable Development) intensiv diskutiert werden.

Die Schwerpunktsetzung der Konferenz wurde schon im Dezember 2009 bei der UN-Generalversammlung⁸ beschlossen und kann im Kern wie folgt zusammengefasst werden:

- Erneute Sicherung des politischen Engagements für eine nachhaltige Entwicklung. Besonders eine effektive und effiziente Vorbereitung der Konferenz auf der lokalen, nationalen und internationalen Ebene durch Regierungen und das UN-System wurde als wichtig erachtet⁹. Als Themen wurden „a green economy in the context of sustainable development and poverty eradication“ und der institutionelle Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung festgelegt. Die Teilnahme der Staats- und Regierungschefs im Juni 2012 war ein wichtiges Anliegen.
- Bewertung der bisherigen Fortschritte und verbleibenden Lücken in der Umsetzung der Beschlüsse der großen Gipfel zur nachhaltigen Entwicklung. Aufbauend auf einer Überprüfung der Fortschritte seit 1992 sollten Handlungsempfehlungen

entwickelt und im Abschlussdokument von Rio+20 verankert werden.

- Lösungswege für aktuelle Herausforderungen: Regierungen, UN-Organisationen und Interessengruppen setzten die dringlichsten weltweiten Probleme wie die Finanzkrise, die Nahrungsmittelkrise, Armut, Klimawandel und Verstädterung in den Zusammenhang einer nachhaltigen Entwicklung und erhofften sich insbesondere durch den Fokus auf eine 'Green Economy' notwendige politische Impulse und Korrekturen.

Anders als noch 1992, als VertreterInnen der Kommunen sich darauf beschränken mussten, an den parallel zur UN-Konferenz stattfindenden zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen teilzunehmen, waren die Kommunen in die Vorbereitung auf Rio+20 von Anfang an offiziell eingebunden. Als eine der neun so genannten 'Major Groups' waren sie bei den Vorbereitungstreffen präsent, erarbeiteten Textbeiträge und Kommentare für das Abschlussdokument und warben bei den Delegierten der Teilnehmerstaaten um Unterstützung für die kommunalen Anliegen.¹⁰

Selbstbewusst mobilisierten sich die Städte und Gemeinden, von denen viele in den vergangenen 20 Jahren durch kommunale Politik und über Lokale Agenda 21 Prozesse ja bereits Beachtliches in Richtung Nachhaltigkeit vor Ort umgesetzt hatten, über ihre Verbände. Der Weltkommunalverband United Cities and Local Governments (UCLG) organisierte eine Kampagne für eine menschenzentrierte Diskussion in Rio, welche die Kultur als vierte Dimension der Nachhaltigkeit einzubeziehen suchte. Der von vielen deutschen Organisationen getragene Kongress Rio+20 – Nachhaltig vor Ort! gab in der 'Erklärung von Hannover' sieben Monate vor dem Erdgipfel der deutschen Delegation folgende Anregungen aus lokaler Sicht mit auf den Weg:¹¹

- Die Verwirklichung einer nachhaltigen Zukunft kann nur vor Ort erfolgen.
- Wir müssen zu messbaren, tiefgreifenden Veränderungen kommen.

- Nachhaltigkeit bedeutet Beteiligung und kulturellen Wandel.
- Wirtschaft und Umwelt, Ökonomie und Ökologie müssen näher zusammenrücken.
- Wir brauchen eine zukunftsfähige Energieversorgung und eine klimafreundliche Mobilität.
- Große Veränderungen können nur gemeinsam gelingen.

Wenige Tage vor dem UN-Gipfel versammelten sich auf Einladung des internationalen Städtenetzwerkes für Nachhaltigkeit ICLEI – Local Governments for Sustainability mehr als 1.600 KommunalvertreterInnen und Interessengruppen in der brasilianischen Stadt Belo Horizonte, um drei eindringliche Botschaften an Rio+20 zu senden:

1. Anerkennung und Einbeziehung der Kommunen in die Entwicklung eines internationalen rechtlichen Rahmens für Nachhaltigkeit durch permanente und effektive Konsultationsmechanismen im Rahmen der UN-Prozesse.
2. Erweiterung des dezentralen und direkten Zugangs der Kommunen zu nationalen und internationalen Finanzmitteln für eine nachhaltige Entwicklung.
3. Unterstützung der Bildung örtlich angepasster Regulierungsrahmen, die integrierte Lösungen und neue Märkte für eine sozial ausgewogene, umweltverträgliche Wirtschaft erschließen.¹²

Rio+20 – Ergebnisse mit Entwicklungspotenzial

Was waren die Ergebnisse von Rio+20? Aus Sicht des Generalsekretärs der UN-Konferenz, Sha Zukang, wurden historische Erfolge an einer Reihe von kritischen Fronten erzielt:

- Erstens haben die Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen für eine nachhaltige Entwicklung erneuert, indem sie einstimmig ein handlungsorientiertes Abschlussdokument – **'Die Zukunft, die wir wollen' (The Future We Want)** – verabschiedeten.
- Zweitens haben die Mitgliedstaaten beschlossen, einen zwischenstaatlichen Prozess zur Erarbeitung von **Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs)** zu initiieren, die in die zukünftige UN-Entwicklungsagenda integriert werden sollen.
- Drittens haben die Mitgliedstaaten Leitlinien für die Förderung einer Green Economy angenommen, welche gleichzeitig zu einer umweltverträglichen Entwicklung und zur Armutsbekämpfung beitragen soll.
- Viertens beschlossen die Mitgliedstaaten wichtige Maßnahmen zur Stärkung und Aufwertung des **UN-Umweltprogramms (UNEP)**.
- Fünftens einigten sich die Mitgliedstaaten darauf, ein **hochrangiges politisches Forum (High-Level Political Forum)** einzurichten, um eine ganzheitliche Herangehensweise auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu gewährleisten.
- Sechstens verabschiedeten die Mitgliedstaaten einen **Aktionsrahmen** für 27 Themenbereiche und sektorübergreifende Fragen.
- Schließlich brachten die Mitgliedstaaten eine Reihe von Vorschlägen für Maßnahmen zur **Verbesserung der Umsetzungsinstrumente** ein.¹³

Auf den Korridoren des Konferenzentrums 'Riocentro' waren freilich auch enttäuschte Stimmen zu hören, die beklagten, dass der große, richtungsweisende Wurf nicht gelungen sei.

Zusätzlich zu den oben genannten Beschlüssen der UN-Mitgliedstaaten war ein weiteres wichtiges Ergebnis von Rio+20 eine hohe Zahl 'Freiwilliger Verpflichtungen'. So reichten Regierungen, Kommunen, Unternehmen und unterschiedliche Akteure der Zivilgesellschaft 712 konkrete Erklärungen ein, wie sie die nachhaltige Entwicklung unterstützen wollen.¹⁴



Veranstaltungsort der Global Town Hall: Pavillon des Bundesstaates Rio de Janeiro

Rio+20 – Präsenz der Kommunen während des Gipfels

Die jahrelangen lokalen Erfolge bei der Umsetzung der Agenda 21 und die intensive Interessenvertretung der kommunalen Ebene auf dem Weg zum Nachhaltigkeitsgipfel blieben von den NationalvertreterInnen in den Verhandlungen nicht unbeachtet. Auch durch die enorme Präsenz während Rio+20 wurde die tragende Rolle der Kommunen vor Ort sichtbar: ICLEI organisierte zusammen mit zahlreichen internationalen Partnern die so genannte 'Global Town Hall', einen Treffpunkt zur Auseinandersetzung mit Fragen der Entwicklung der Städte, an dem sich über mehrere Tage hinweg zahlreiche prominente VertreterInnen von UN-Einrichtungen, nationalen Ministerien und Delegationen, der EU, zahlreicher weiterer internationaler Einrichtungen sowie vieler Städte rund um den Globus einfanden. 5000 TeilnehmerInnen,

darunter über 400 KommunalvertreterInnen, diskutierten untereinander und mit den mehr als 100 Vortragenden in der Global Town Hall – selbst UN-Generalsekretär Ban Ki-moon war Gast und diskutierte dort mit den VertreterInnen aus den Städten.

Parallel dazu wurde die Einbindung der städtischen VertreterInnen in die offizielle UN-Konferenz koordiniert, deren Redebeiträge wurden vorbereitet und tägliche Briefings für alle Delegierten der 'Local Authorities Major Group' organisiert. Insgesamt fanden rund 20 Side Events statt, die entweder von den Kommunen selbst organisiert wurden oder sich mit der lokalen Ebene beschäftigten. Ein Media-Team dokumentierte alle wesentlichen Beiträge kommunaler VertreterInnen sowie zahlreiche weitere Statements, Vorträge und Interviews in Bild und Ton und verbreitete sie noch vor Ort über digitale Medien.



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon nach der Diskussion mit Vertretern der Kommunen in der Global Town Hall

Rio+20 – Bedeutungsgewinn für die Kommunen quer durch alle Bereiche

Das Abschlussdokument 'Die Zukunft, die wir wollen' stellt ausdrücklich die wichtige Rolle der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften in den verschiedenen Handlungsfeldern heraus und bezieht sich auf sie als eigenständige Regierungsebene – ein Novum in der Geschichte der UN-Verhandlungen zur nachhaltigen Entwicklung.

Alle politischen Ebenen werden aufgefordert, Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Nationalregierungen sollen außerdem regionale und lokale Institutionen fördern. In zahlreichen weiteren Abschnitten des Abschlussdokumentes wird auf die Relevanz kommunalen Handelns hingewiesen, so beispielsweise bei der Energieeffizienz in der Stadtplanung, in Gebäuden und im Verkehr, bei der Widerstandsfähigkeit und Krisensicherheit ('Resilienz') von Städten oder bei der Beteiligung der BürgerInnen. Ein eigener Abschnitt über 'nachhaltige Städte und Siedlungen' betont die Notwendigkeit ganzheitlicher Ansätze und hebt die Bedeutung von Städtepartnerschaften hervor. An verschiedenen Stellen wird kommunales Handeln selbstverständlich zusammen mit nationalstaatlichem Handeln genannt – was aus deutscher Sicht wenig aufregend erscheint, war auf internationaler Ebene ein großer Schritt. Auf S. 14–15 dieses Leitfadens sind die für Kommunen relevanten Textauszüge aus dem Abschlussdokument von Rio+20 zusammengestellt.

Diese gewachsene Anerkennung der kommunalen Ebene kann allerdings auch eine bedenkliche Komponente enthalten, dann nämlich, wenn Leistungen der Kommunen ohne die notwendige Ausstattung erwartet werden. Deshalb ist es von Bedeutung, dass die Abschlusserklärung auch hierauf Bezug nimmt und den direkten Zugang von Regionen und Kommunen zu internationalen und nationalen Finanzierungsmechanismen erwähnt – eine Forderung, die von den in der 'Local Authorities Major Group'

zusammengeschlossenen internationalen Kommunalverbänden wie bspw. ICLEI (Local Governments for Sustainability), nrg4sd (Network of Regional Governments for Sustainable Development) oder UCLG (United Cities and Local Governments) erhoben und in Europa bereits im Rahmen der Neustrukturierung der EU-Förderpolitik für 2014–2020 aufgegriffen wurde.

Folgende (inter)nationale Instrumente und Mechanismen von Rio+20 sind für das zukünftige Nachhaltigkeitsengagement von Kommunen bedeutsam:

1. Bis September 2014 soll ein Vorschlag für universelle Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDGs*) von einer offenen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe (*Open Working Group*) ausgearbeitet werden.¹⁵ Voraussichtlich wird jedes Ziel weitere Unterziele und möglicherweise Indikatoren aufweisen. Die internationale Vertretung der Kommunen setzt sich dafür ein, dass eines der globalen Nachhaltigkeitsziele der lokalen Ebene gewidmet wird – mindestens jedoch sollen in Unterzielen zu den verschiedenen Themen Ziele für Städte und Gemeinden enthalten sein.
2. Ein hochrangiges Polit-Forum (*High-Level Political Forum on Sustainable Development*) wird die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) ersetzen. Format und Organisation des Forums sehen eine umfassende Beteiligung von Interessengruppen (*Major Groups*) vor, zu denen auch die Kommunen zählen. In diesem Forum können zukünftig kommunale Belange und Standpunkte zur Sprache gebracht werden.¹⁶
3. Eine internationale Arbeitsgruppe (*Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing*), bestehend aus dreißig ExpertInnen, wird die finanziellen Erfordernisse für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung beurteilen.¹⁷ Die Ausweitung der internationalen Finanzierung auf die lokale Ebene ist entscheidend für eine effektivere und breitere Nachhaltigkeitsarbeit vor Ort.

Klartext:

Die wichtigsten Textauszüge für Kommunen aus dem Abschlussdokument von Rio+20 'Die Zukunft, die wir wollen'

Zentrales Anliegen

"Wir sind uns [...] der Notwendigkeit bewusst, die nachhaltige Entwicklung weiter systematisch auf allen Ebenen zu etablieren, ihre wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte unter Berücksichtigung der zwischen ihnen bestehenden Verbindungen zu integrieren und so eine nachhaltige Entwicklung in allen ihren Dimensionen herbeizuführen." (para 3)

Anerkennung der Rolle und Aktivitäten der Kommunen

"Wir erklären erneut, dass allen Regierungsebenen [...] eine Schlüsselrolle bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung zukommt. Wir erkennen ferner die Maßnahmen und Fortschritte auf lokaler und subnationaler Ebene an und sind uns dessen bewusst, dass die betreffenden Behörden und Gemeinwesen bei der Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle spielen können, namentlich indem sie Bürger und Interessenträger einbinden und sie nach Bedarf mit einschlägigen Informationen über die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung versorgen." (para 42)

Institutionen und Strukturen

"Wir bekräftigen, dass wir zur Erreichung unserer Ziele auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung auf allen Ebenen Institutionen benötigen, die wirksam, transparent, rechenschaftspflichtig und demokratisch sind." (para 10)

"Wir sind uns dessen bewusst, dass wirksame, die Stimmen und Interessen aller repräsentierende Lenkungsstrukturen auf lokaler, subnationaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene von entscheidender Bedeutung für die Förderung der nachhaltigen Entwicklung sind." (para 76)

Nachhaltigkeitsstrategien

"Wir ermutigen die jeweils zuständigen regionalen, nationalen, subnationalen und lokalen Behörden, Strategien für eine nachhaltige Entwicklung als zentrale Orientierungshilfe für die Entscheidungsfindung und die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung auf allen Ebenen zu entwickeln und anzuwenden, und erkennen in dieser Hinsicht an, dass integrierte Sozial-, Wirtschafts- und Umweltdaten und -informationen sowie eine wirksame Umsetzungsanalyse und -bewertung in den Entscheidungsprozessen wichtig sind." (para 98)

Integrierte und integrierende Planung

"Wir unterstreichen, dass eine kohärentere und stärker integrierte Planung und Entscheidungsfindung auf der [...] lokalen Ebene erforderlich ist, und fordern zu diesem Zweck die Länder auf, nach Bedarf die [...] lokalen Institutionen oder die maßgeblichen Organe und Prozesse, in denen eine Vielzahl von Interessenträgern mit der nachhaltigen Entwicklung befasst sind, zu stärken, namentlich um die Koordinierung in Fragen der nachhaltigen Entwicklung sicherzustellen und die wirksame Integration der drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung zu ermöglichen." (para 101)

"Wir erkennen an, dass Städte, die gut geplant und entwickelt sind, insbesondere auch durch integrierte Planungs- und Managementkonzepte, eine wirtschaftlich tragfähige, sozial- und umweltverträgliche Gesellschaft fördern können. In dieser Hinsicht anerkennen wir die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Konzepts für Stadtentwicklung und menschliche Siedlungen, das erschwingliche Wohnungen und Infrastrukturen vorsieht [...] und Stadterneuerung Vorrang beimisst. Wir verpflichten uns, darauf hinzuarbeiten, die Qualität menschlicher Siedlungen zu verbessern, [...] sodass alle Menschen Zugang zu Grundversorgungseinrichtungen, Wohnraum und Mobilität haben. Wir erkennen außerdem die Notwendigkeit an, das Natur- und Kulturerbe menschlicher Siedlungen nach Bedarf zu erhalten, historische Bezirke neu zu beleben und Stadtkerne zu sanieren." (para 134)

"Wir verpflichten uns, einen integrierten Ansatz für die Planung und den Bau nachhaltiger Städte und städtischer Siedlungen zu fördern, namentlich durch die Unterstützung der lokalen Behörden, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und die verstärkte Beteiligung der Stadtbewohner, einschließlich der Armen, an den Entscheidungsprozessen. Wir verpflichten uns außerdem, eine Politik der nachhaltigen Entwicklung zu fördern, die für alle zugänglichen Wohnraum und soziale Dienste, ein sicheres und gesundes Lebensumfeld für alle, insbesondere Kinder, Jugendliche, Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, erschwingliche und nachhaltige Verkehrs- und Energiesysteme, die Förderung, den Schutz und die Wiederherstellung sicherer und grüner städtischer Räume, gesundheitlich unbedenkliches, sauberes Trinkwasser und Abwasserentsorgung, gesunde Luft, die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze sowie eine bessere Stadtplanung [...] unterstützt." (para 135)

"Wir betonen, wie wichtig es ist, dass mehr Metropolregionen, Groß- und Kleinstädte eine Politik der nachhaltigen Stadtplanung



Offizielles Bild der Staatschefs und Delegationsleiter während der Konferenzeröffnung

und -gestaltung verfolgen [...]. Wir anerkennen die wichtige Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Festlegung einer Vision für nachhaltige Städte, die von der ersten Stadtplanung bis zur Neubelebung älterer Städte und Stadtviertel reicht und die unter anderem durch Programme zur Förderung der Energieeffizienz im Gebäudemanagement und nachhaltige, auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnittene Verkehrssysteme erreicht wird. Wir erkennen ferner an, wie wichtig eine Planung für gemischte Nutzung und die Förderung der nichtmotorisierten Mobilität sind, namentlich durch die Förderung von Infrastrukturen für Fußgänger und Radfahrer." (para 136)

"Wir erkennen an, dass Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden eine wichtige Rolle bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung spielen." (para 137)

Energie, Mobilität, Biodiversität

"Wir sind uns [...] der Notwendigkeit bewusst, in der Stadtplanung, im Bau- und Verkehrswesen, bei der Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen sowie im Produktdesign Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zu ergreifen." (para 128)

"Wir erkennen an, wie wichtig der effiziente Personen- und Güterverkehr und der Zugang zu umweltverträglichen, sicheren und erschwinglichen Verkehrsmitteln sind, um die soziale Gerechtigkeit, die Gesundheit, die Resilienz von Städten, die Verbindungen zwischen Stadt und Land und die Produktivität ländlicher Gebiete zu verbessern." (para 132)

"Wir befürworten es, dass die sozioökonomischen Auswirkungen und Vorteile, die sich aus der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt und ihrer Komponenten sowie der

Ökosysteme und ihrer unverzichtbaren Dienstleistungen ergeben, in den einschlägigen Programmen und Politiken auf allen Ebenen durchgängig berücksichtigt werden [...]" (para 201)

Verringerung des Katastrophenrisikos

"Wir fordern, die Fragen der Verringerung des Katastrophenrisikos und der Stärkung der Widerstandskraft gegen Katastrophen [...] mit neuer Dringlichkeit anzugehen, sie nach Bedarf auf allen Ebenen in die Politiken, Pläne, Programme und Haushalte zu integrieren und in künftigen einschlägigen Rahmenplänen zu berücksichtigen. Wir bitten die Regierungen auf allen Ebenen [...], sich darauf zu verpflichten, rechtzeitig ausreichende und berechenbare Mittel für die Verringerung des Katastrophenrisikos bereitzustellen, um die Resilienz der Städte und Gemeinwesen gegen Katastrophen entsprechend ihren jeweiligen Gegebenheiten und Kapazitäten zu erhöhen." (para 186)

Finanzierung

"Wir fordern alle Länder auf, bei der Zuweisung von Mitteln der nachhaltigen Entwicklung Vorrang einzuräumen [...]. Wir erkennen an, wie wichtig internationale, regionale und nationale Finanzmechanismen, darunter auch solche, zu denen subnationale und lokale Behörden Zugang haben, für die Durchführung der Programme der nachhaltigen Entwicklung sind, und fordern die Anwendung und Stärkung solcher Mechanismen. Neue Partnerschaften und innovative Finanzierungsquellen können bestehende Finanzierungsquellen für eine nachhaltige Entwicklung ergänzen." (para 253)

Der größte UN-Gipfel aller Zeiten in Zahlen

- Gesamtes Areal des Konferenzzentrums 'Riocentro': 571.000 m² (80 Länderspiel-Fußballfelder), davon wurden 100.000 m² eigens für den Rio+20 Gipfel erbaut.
- Während der Konferenz waren 95 % der Hotels in Rio de Janeiro ausgelastet, viele Privatunterkünfte werden angeboten.
- 57 Länder und 33 internationale Organisationen präsentierten im Ausstellungsbereich, dem Athletenpark, ihre Praxis nachhaltiger Entwicklung.
- Zwischen dem 13. und 22. Juni 2012 fanden 498 offizielle Side Events statt.
- 45.381 registrierte TeilnehmerInnen aus 188 Ländern.
- Die 20 größten Delegationen stellten ein Drittel aller Teilnehmenden.
- Über 100 Führungsköpfe aus Staaten und Regierungen, einschließlich 57 Präsidenten/Premiers und 487 MinisterInnen.
- Rund 12.000 Delegierte.
- 9.856 TeilnehmerInnen aus Nichtregierungsorganisationen.
- 4.075 MedienvertreterInnen.
- 1.781 Tagespässe für BürgerInnen.
- Geschlechterverhältnis der Teilnehmenden: 55 % männlich und 45 % weiblich.¹⁸

Verpflichtungen

- 712 freiwillige Verpflichtungen konnten registriert werden, die von Regierungen, Kommunen, Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Universitäten und anderen erklärt wurden.
- Mehr als 513 Milliarden US-Dollar wurden für die nachhaltige Entwicklung mobilisiert. Unter anderem für die Bereiche: Energie, Verkehr, umweltverträgliche Wirtschaft, Naturkatastrophenbekämpfung, Wüstenbildung, Wasser, Wälder und Landwirtschaft.¹⁹

Alternativgipfel – 'Gipfel der Völker'

- 14.000 Personen nahmen täglich vom 15. bis 23. Juni 2012 am Alternativgipfel am Strand Flamengo teil.
- 7.000 Organisationen veranstalteten über 1.000 Aktionen in 50 Zelten.
- Rund 80.000 Menschen demonstrierten am 20. Juni 2012 auf dem „Marsch der Völker für den Schutz der Allgemeingüter und gegen die Vermarktung des Lebens“ in Rio de Janeiro.
- 20.618 SympathisantInnen des Alternativgipfels auf Facebook.²⁰





**„Nicht der Wind, sondern das Segel
bestimmt die Richtung.“**

Aus China

Die Segel setzen

Viele Tausend Prozesse der Lokalen Agenda 21, der Stadtentwicklungsplanung, der Dorferneuerung und dergleichen haben die Landkarte der Nachhaltigkeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten maßgeblich mitgezeichnet. Diese weltweite und in der Geschichte so noch nie dagewesene lokale Bewegung folgte außer der Agenda 21 keiner zentralen Anleitung, und entsprechend vielfältig ist sie in ihrer jeweiligen Ausprägung an den unterschiedlichen Orten der Welt. Wo stehen die deutschen Prozesse im Vergleich zu anderen? Was lässt sich von anderen Ländern lernen? In Vorbereitung auf die Rio+20 Konferenz hat das internationale Städtenetzwerk ICLEI, auf das die Idee der Lokalen Agenda 21 von 1992 zurückgeht²¹, in seiner Studie 'Local Sustainability 2012' lokale Nachhaltigkeitsprozesse weltweit untersucht und danach charakterisiert, 'wer die Segel gesetzt hat', durch welche Institution oder Politikebene sie also initiiert und etabliert wurden, und welche typischen Eigenschaften sich durch die jeweilige Entstehung ausdrücken konnten. Dabei haben sich fünf Prozesstypen herauskristallisiert:

Typ 1: Kommunale Strategie

Viele lokale Nachhaltigkeitsprozesse werden in erster Linie von (Menschen in) Kommunalverwaltungen ins Leben gerufen, die in einem solchen Prozess große Chancen für eine positive Entwicklung der eigenen Stadt oder Gemeinde sehen: Städte, die vor einem wirtschaftlichen Strukturwandel stehen, von einer Krise erschüttert wurden, in der Konkurrenz um die Ansiedlung Steuern zahlender Betriebe das Nachsehen haben oder durch Fehlentscheidungen in der Vergangenheit mit Attraktivitätsproblemen zu kämpfen haben, sehen vielfach im radikalen Umsteuern auf eine nachhaltige Kommunalentwicklung ihre Chance zum Gegensteuern – und setzen damit häufig neue, nachhaltigere Standards für alle Kommunen ihres Landes. Beispiele für Länder, in denen lokale Nachhaltigkeitsprozesse als kommunale Strategie initiiert wurden, sind Japan und Schweden.





Typ 2: Zivilgesellschaftliche Initiative

Auch andere gesellschaftliche Bereiche als die Kommunalverwaltungen und ihre nationalen und internationalen Organisationen beschäftigen sich mit Nachhaltigkeit: Bildungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, WissenschaftlerInnen, Medien und andere haben das Thema längst in ihre Curricula, Projekte und Veröffentlichungen aufgenommen und sind an manchen Orten gar die treibende Kraft für den lokalen Nachhaltigkeitsprozess geworden. Zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsprozesse zeichnen sich oft durch ein erhebliches Maß an Experimentierfreude und Kreativität aus. Uneinheitlich ist, inwieweit der zivilgesellschaftliche Prozess darauf angelegt ist, sich mit der 'offiziellen' Kommunalpolitik zu verzahnen. Mit diesem Verständnis der Lokalen Agenda 21 als primär zivilgesellschaftlich initiiertem Prozess steht Deutschland weltweit als eines der wenigen Beispiele da.



Typ 3: Konzertierte Aktion

Als besonders wirksam zur Förderung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse haben sich Programme und Kampagnen von Organisationen erwiesen, bei denen Kommunen – meist freiwillig – Mitglied sind. Nationale Verbände und Netzwerke sowie internationale Zusammenschlüsse von Kommunen schreiben sich explizit die Vertretung der Anliegen der Kommunen auf die Fahnen und genießen daher in der Regel ein hohes Maß an Vertrauen bei diesen. Ihre Initiativen sind geprägt von Unterstützungsangeboten wie Information, Fortbildung, Anleitung und Erfahrungsaustausch, ihre Aktivitäten entfalten ihre Wirkung durch die Teilnahme vieler Kommunen und bieten dabei einzelnen Städten oft eine Bühne, ihre Erfolge anderen öffentlich zu präsentieren – was nicht selten einen gesunden Wettbewerb unter den Kommunen auslöst. Beispiele für Länder, in denen lokale Nachhaltigkeitsprozesse als konzertierte Aktion initiiert wurden, sind die USA, Italien und Norwegen.



Typ 4: Nationales Programm

In ihrem Ursprung war die Lokale Agenda 21 ein Aufruf an die Kommunen, über die bis dato gültigen Pflichtaufgaben hinaus aktiv zu werden. Allerdings geht mit der zunehmenden Entwicklung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien und der Wertschätzung kommunaler Aktivitäten ein gewisses Maß an Institutionalisierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse auf nationaler Ebene einher. Nationalregierungen verfügen über eine ganze Reihe von Möglichkeiten, lokale Prozesse und Strategien zu initiieren und zu fördern oder zumindest günstige Rahmenbedingungen für lokale Aktivitäten zu schaffen. Diese reichen von einem klaren gesetzlichen Mandat an die Kommunen über die Aufnahme von Nachhaltigkeitskriterien in die Fachgesetzgebung und in Förderprogramme bis hin zur Durchführung nationaler Kampagnen zur lokalen Nachhaltigkeit. Beispiele für Länder, in denen lokale Nachhaltigkeitsprozesse als nationales Programm initiiert wurden, sind Frankreich, Korea und die Schweiz.



Typ 5: Internationale Partnerschaft

Für viele Kommunen kam der lokale Nachhaltigkeitsprozess sozusagen im Paket mit der Teilnahme an Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit. Durch Programme der internationalen Zusammenarbeit initiierte Nachhaltigkeitsprozesse folgen tendenziell einer vorgegebenen Methode und klar definierten Prozesskriterien, ohne deren Einhaltung der Erhalt der entsprechenden finanziellen Fördermittel gefährdet wäre. So entstehen solide und wohl begleitete Prozesse, die auf bemerkenswerte Weise in angemessener Zeit Ergebnisse liefern. Vor der entscheidenden Hürde stehen diese Nachhaltigkeitsprozesse jedoch vor allem am Ende des Finanzierungszeitraumes, wenn sich erweisen muss, ob sie selbst auf Nachhaltigkeit angelegt waren, d.h., ob die geschaffenen Strukturen und Abläufe weiterhin und dauerhaft aufrechterhalten werden oder nicht. Beispiele für Länder, in denen lokale Nachhaltigkeitsprozesse im Rahmen internationaler Partnerschaften initiiert wurden, sind einige der neuen EU-Mitgliedstaaten wie etwa Polen sowie einige Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Die verschiedenen treibenden Kräfte in sinnvoller Weise verbinden

Lokale Nachhaltigkeitsprozesse sind also geprägt durch die Kräfte, die sie initiieren. Die oben beschriebenen Typen zeigen, dass diese Kräfte unterschiedlichen Systemen entspringen: Kommunalverwaltung, Zivilgesellschaft, Netzwerke, Nationalregierungen und internationale Partner geben lokalen Prozessen ihr Gesicht und eine bestimmte Qualität mit auf den Weg. Es ist wichtig festzustellen, dass diese unterschiedlichen Qualitäten jede für sich wertvoll, aber nicht hinreichend für einen guten Nachhaltigkeitsprozess sind. Zusammengenommen ergeben sie ein simples, aber hilfreiches Kräftenetz: Ein idealer lokaler Nachhaltigkeits-

prozess wird kommunale Entwicklungsstrategie, zivilgesellschaftliche Initiative, konzertierte Aktion gemeinsam mit anderen Kommunen, nationale Programme und internationale Partnerschaft sinnvoll miteinander verbinden.

Die fünf Typen eignen sich also als Kriterien-Set, an dem sich die Weiterentwicklung sowohl der lokalen Nachhaltigkeitsprozesse selbst als auch der Unterstützungsprogramme für solche orientieren könnte.

Gegenwind

Welcher Wind weht lokalen Nachhaltigkeitsprozessen entgegen? Welche Hemmnisse stehen einem Erfolg immer wieder im Weg? Hier einige beispielhafte Stimmen erfahrener Nachhaltigkeitsakteure aus deutschen Städten:

Die Entscheidungen der Kämmerei folgen nach wie vor einem anderen Leitbild.

Die meisten Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort haben immer noch symbolischen Charakter.

Die Übertragung vom Pilotmodell zur veränderten Standardroutine klappt nicht.

Nachhaltigkeit ist nicht verbindliches Entscheidungskriterium geworden – und bleibt damit ein 'nice-to-have'.

Förderprogramme bevorzugen Einzelprojekte und verhindern damit ganzheitliche Konzepte.

Nachhaltige Entwicklung ist die Zuständigkeit einiger weniger – der Rest macht 'business-as-usual'.

Viele Akteure aus Lokale Agenda 21 Prozessen sind mittlerweile ausgebrannt.

Die Nachhaltigkeit der Kommune wird nicht einheitlich gemessen, also beeinflusst sie auch nicht die kommunale Steuerung.

Lokale Nachhaltigkeitsprozesse sind nicht integriert – weder horizontal zwischen den Verwaltungsabteilungen noch vertikal mit der Landes- und Bundespolitik.

Die auf Langfristigkeit angelegten Nachhaltigkeitsprozesse scheitern an der kurzfristigen Prioritätensetzung entlang von Legislaturperioden.

Der Erfolg lokaler Nachhaltigkeitsprozesse ist personengebunden.

Rückenwind

Was gibt lokalen Nachhaltigkeitsprozessen Rückenwind? Welche Entwicklungen der vergangenen Jahre machen Mut? Hier einige beispielhafte Stimmen erfahrener Nachhaltigkeitsakteure aus deutschen Städten:

Der wirtschaftliche Erfolg nachhaltiger Konzepte wie z. B. von Modellstadtteilen ist mittlerweile belegbar.

Nachhaltigkeit hat die Umweltecke verlassen, sich inhaltlich verbreitert und zieht immer neue Akteursgruppen an.

Das zivilgesellschaftliche Engagement hat sich verstärkt und sieht sich selbst im Nachhaltigkeitsprozess verankert.

Das Interesse in der Bürgerschaft an Zukunftsthemen ist groß, und aktive Kommunalverwaltungen erfahren heute eine hohe Wertschätzung.

Nachhaltigkeit ist zum Standortfaktor und zur Entscheidungsgröße für Investitionen geworden.

Unternehmen und Wirtschaftsvereinigungen interessieren sich immer mehr für eine nachhaltige Kommunalentwicklung.

Unternehmerische Verantwortung hat vor allem im Mittelstand wieder an Gewicht gewonnen.

Viele Nachhaltigkeitsthemen haben sich verselbstständigt und sind Teil des Routineprogramms geworden.

Das Verständnis von Beteiligung hat sich weiterentwickelt: Mitreden war gestern, Anpacken ist heute.

Oft ist mehr Nachhaltigkeit in Produkten drin als draufsteht.

Es haben sich neue Akteurskonstellationen und Allianzen gebildet, die alte Interessenkonflikte und Vorurteile abbauen helfen.

Die Nachhaltigkeit der Kommunalentwicklung wird zunehmend gemessen und evaluiert.

Die überregionale Vernetzung der Kommunen in Sachen Nachhaltigkeit hat das 'Einzelkämpferdasein' überwunden.



„Wenn ein Seemann nicht weiß,
welches Ufer er ansteuern muss,
dann ist kein Wind der richtige.“

Lucius Annaeus Seneca

Kurs auf neue Horizonte

Um abschätzen zu können, ob ein Ziel erreichbar ist und ob gerade jetzt der richtige Zeitpunkt ist aufzubrechen, empfiehlt es sich, einen Blick auf die Umgebung zu werfen: Wie sieht die gegenwärtige Nachhaltigkeitslandschaft aus? Welche Strömungen haben sich im Lauf der vergangenen 20 Jahre verändert, welche neuen kamen dazu? Wo sind die Untiefen, wo die Fahrrinnen? An welchen Stellen klart der Himmel auf und wo ziehen sich Wolken zusammen?

■ **Die globalen geopolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen**, unter denen Rio+20 stattfand, waren völlig andere als vor 20 Jahren – stellvertretend seien die Rolle der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) oder die europäische Finanzkrise genannt. Es ist deshalb anzuerkennen, dass die Weltstaatengemeinschaft dennoch explizit ihr Bekenntnis zu allen vorangegangenen Dokumenten und Vereinbarungen zur nachhaltigen Entwicklung – insbesondere der Agenda 21 und damit auch der Lokalen Agenda 21 – bestätigt und erneuert hat: *„Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, die Rio-Erklärung [und] die Agenda 21 [...] vollständig umzusetzen. [...] Wir beschließen daher, konkrete Maßnahmen zur beschleunigten Erfüllung der Verpflichtungen auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung zu ergreifen.“* (Die Zukunft, die wir wollen, para 16 und 18)

■ **Die Dringlichkeit zu handeln** hat zugenommen. Während uns immer häufigere und verheerendere Unwetterereignisse einen Eindruck davon vermitteln, wie sich der Klimawandel global auszuwirken beginnt, steigen Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß weltweit weiter an: *„Wir [...] bringen unsere höchste Beunruhigung darüber zum Ausdruck, dass die Emissionen von Treibhausgasen weltweit nach wie vor zunehmen. Wir sind zutiefst besorgt darüber, dass alle Länder [...] den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels ausgeliefert sind und diese heute schon immer stärker zu spüren bekommen, wie anhaltende Dürren und extreme Wetterereignisse [...]“* (Die Zukunft, die wir wollen, para 190). Immer deutlicher treten die mit dem traditionellen westlichen Entwicklungsmodell verbundenen Zielkonflikte zutage – gleichzeitig hat sich in Deutschland das Thema Nachhaltigkeit aus

der Nische heraus zu einem gesellschaftlich breit diskutierten Thema entwickelt.

■ **Die europäische Finanzkrise** hat den Blick vielerorts auf die Zukunftsfähigkeit unserer öffentlichen Haushalte gelenkt und wirtschaftliches Wachstum in den Mittelpunkt des politischen Interesses gerückt. Gleichzeitig bietet sie jedoch Anlass, auch andere gesellschaftliche und natürliche Systeme genauer unter die Lupe zu nehmen und zu fragen, welche Art von Wachstum unsere Gemeinwesen langfristig tatsächlich qualitativ verbessert. Rio+20 hat auch hierzu Stellung bezogen: *„Wir sind uns bewusst, dass es in Ergänzung zum Bruttoinlandsprodukt umfassenderer Fortschrittsmaße bedarf [...]“* (Die Zukunft, die wir wollen, para 38)

■ **Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, Strukturen und Routinen** im politischen Alltagsbetrieb sind auch nach 20 Jahren Nachhaltigkeitsarbeit noch nicht insgesamt auf Nachhaltigkeit umgestellt. Die Fülle an freiwilligem Engagement verschiedenster Akteure, die die kommunale Nachhaltigkeitsbewegung in Deutschland auszeichnet, wird auch in den kommenden Jahren eine wesentliche treibende Kraft darstellen.

■ **Die gewachsene Anerkennung der Rolle der Kommunen** für eine global nachhaltige Entwicklung, die in Rio+20 zum Ausdruck kam, ist auch Auftrag an die Kommunen, dieser Rolle gerecht zu werden. Gleichzeitig darf erwartet werden, dass zukünftig auf nationaler und EU-Ebene Programme für die gemeinsame Umsetzung nachhaltiger Entwicklung mit den Kommunen entstehen werden, z. B. im Nachgang der Ende 2014 zu verabschiedenden globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) oder im Rahmen des neuen EU-Haushaltes für 2014–2020: *„Die Regierungen sollen die Umsetzung der Ziele vorantreiben, gegebenenfalls unter aktiver Beteiligung aller maßgeblichen Interessenträger. [...] Wir erkennen an, wie wichtig internationale [...] und nationale Finanzmechanismen, [...] zu denen [...] lokale Behörden Zugang haben, für die Durchführung der Programme der nachhaltigen Entwicklung sind und fordern die Anwendung und Stärkung solcher Mechanismen.“* (Die Zukunft, die wir wollen, para 247 und 253)

■ **Der demographische Wandel** wird die Anforderungen an die Stadt-, Dorf- und Regionalentwicklung in Deutschland verändern. Die meisten Kommunen werden in den kommenden Jahrzehnten vor der Herausforderung stehen, mit einer insgesamt abnehmenden, älter werdenden Einwohnerschaft umzugehen und intelligente Lösungen für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen sowie die Anpassung der Siedlungs- und Infrastruktur zu entwickeln.²²

■ **Die Energiewende in Deutschland** stellt einen enormen Impuls auch für die lokale Nachhaltigkeitsarbeit dar. Mehr als in anderen Ländern Europas haben Energiegewinnung und -versorgung hierzulande eine starke kommunale und regionale Komponente, auf die nun aufgebaut werden kann. Nicht nur international ist 'the German Energiewende' deshalb ein viel beachtetes Leitprojekt für die nachhaltige Entwicklung eines hoch entwickelten Landes, auch vor Ort ist sie Schlüsselthema für viele weitere, verbundene Nachhaltigkeitsthemen. Die in derselben Reihe wie dieser Leitfaden erschienene Broschüre 'Auf die Plätze, fertig, Energiewende!' enthält hierzu eine Fülle weiterer Informationen.²³

Die oben beschriebenen Rahmenbedingungen legen nahe, dass lokale Nachhaltigkeitsprozesse heute ein mindestens ebenso wichtiger Baustein einer nachhaltigen Entwicklung sind wie vor 20 Jahren. Sie müssen jedoch frischen Wind in die Segel bekommen, sich weiterentwickeln: innerhalb der Kommunalverwaltung, im Bereich der Zivilgesellschaft, in ihrer thematischen Ausrichtung sowie im Lebensentwurf jedes und jeder Einzelnen.

Wohin kann die Reise also gehen, wenn sich doch das Ziel nicht verändert hat?

Nachhaltigkeit, das haben die vergangenen zwei Jahrzehnte gezeigt, beschreibt eher einen kollektiven Suchprozess als ein genau zu definierendes Ziel. Da kann es helfen, sich auf ein überschaubares, von der örtlichen Gemeinschaft allgemein positiv aufgenommenes Leitthema zu verständigen. Mit Hilfe einer institutionellen Verankerung des Themas in der Kommunalverwaltung können neue Abläufe und Bewertungsmaßstäbe eingeübt werden. Gerade in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen mag es zielführend sein, die Zuständigkeit für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung auf viele Schultern zu verteilen, und die neuen Möglichkeiten digitaler Kommunikation können dazu beitragen, dass aus BürgerInnen aktiv beteiligte Akteure werden. Die Ausrichtung der örtlichen Wirtschaft auf das Gemeinwohl und die Produktion von lokal und regional benötigten Ressourcen mag zunächst kühn erscheinen, angesichts der verschiedenen globalen Trends wird sie über kurz oder lang über die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden mitentscheiden. Und dass kühne Ideen nicht selten zunächst abgetan werden, später jedoch Eingang in die breite gesellschaftliche Diskussion finden, zeigen neue Denkansätze rund um das Thema 'Suffizienz' sowie die Frage nach der ethischen Verantwortung des Einzelnen über das Hier und Jetzt hinaus.

Die im Folgenden beschriebenen acht 'Horizonte' sollen mögliche Richtungen beschreiben, in die sich lokale Nachhaltigkeitsprozesse entwickeln können. Auf dem Suchprozess in Richtung Nachhaltigkeit bieten sie so eine Auswahl an Orientierungsmöglichkeiten, schlagen unterschiedliche Routen ein. Das Ziel bleibt dasselbe, aber für jeden Skipper gibt es einen eigenen, besten Weg.

Über das Hier und Jetzt
hinausdenken



Sich gemeinsam
hinter ein erreichbares
Leit-Ziel stellen



Nachhaltigkeits-
steuerung institutionell
verankern



Lokale Antworten
auf die Frage nach dem
'rechten Maß' finden



Von zivilgesellschaftlichem
Engagement getragene
Bewegung ermöglichen



Vor Ort Ressourcen
produzieren und
wiedergewinnen



Beim Wirtschaften
ansetzen



Vom 'gefällt mir'
zum 'mach ich'



Sich gemeinsam hinter ein erreichbares Leit-Ziel stellen

Zwanzig Jahre nach dem ersten Weltgipfel in Rio hat es der Begriff 'Nachhaltigkeit' in die Vorstandsetagen, Bürgermeisterbüros und Werbeagenturen geschafft – ein immenser Fortschritt. Bei der Beschreibung jedoch, was Nachhaltigkeit bedeutet, oder gar bei der Einschätzung, wie nachhaltig wir leben, wird es nach wie vor ziemlich unübersichtlich oder akademisch. Was es also braucht, ist ein einfach zu kommunizierendes, langfristig angelegtes und dennoch im Alltag nachvollziehbares Leitziel in Verbindung mit einem verständlichen Indikator, der den Umsetzungsstand anzeigt.

Für die kommunale Nachhaltigkeitsarbeit ist es wesentlich, dass sich ein derartiges Leitziel eignet, sowohl innerhalb der Kommunalverwaltung und des Rates als auch in Wirtschaft und Bürgerschaft vor Ort spontan emotionale Unterstützung und Identifikation zu erzeugen: Wer möchte nicht, dass seine Stadt eine 'Solar City' oder 'Green City' ist? Wer kann sich dem Charme einer '100% erneuerbaren Gemeinde' entziehen? Wer würde nicht mit einem gewissen Stolz in einem 'Bio-

energiedorf' oder einer 'Fair-Trade Stadt' wohnen? Ob ein Ort sich 'Zero Carbon' auf die Fahne schreibt, einen Ökologischen Fußabdruck von 1 anstrebt oder zur 2000-Watt-Gesellschaft werden möchte: Hinter dem zunächst scheinbar eingeschränkten Blick auf das viel komplexere Gebilde 'Nachhaltigkeit' verbirgt sich immer eine grundsätzliche Richtungsänderung, auf die es die örtliche Gemeinschaft 'einzuschwören' gilt.

Im Idealfall lässt sich ein solches Leitziel auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen abbilden. So könnten sich kommunale Nachhaltigkeitsstrategien ebenso auf dieses Ziel beziehen wie die Landes- und Bundesnachhaltigkeitsstrategie, während die Umsetzung von Ort zu Ort und von Ebene zu Ebene durchaus unterschiedliche Formen annehmen kann. Und eine gesunde Konkurrenz darüber, welche Kommune für welchen Aspekt einer nachhaltigen Entwicklung als 'Modellstadt' gehandelt wird, beflügelt die Kreativität und inspiriert zu neuen Ansätzen und Lösungen.



Pionier mit Vision – Die 2000-Watt-Gesellschaft der Stadt Zürich

Was ist eine 2000-Watt-Gesellschaft? Die technische Antwort hierauf lautet, dass der Primärenergiebedarf pro Kopf auf 2000 Watt gesenkt werden soll. Bildlich bedeutet dies, dass eine Person den Energieverbrauch eines 2000-Watt-Staubsaugers haben darf, der das ganze Jahr über Tag und Nacht läuft. Gleichzeitig soll der Ausstoß an Treibhausgasen auf 1 Tonne CO_{2eq} pro EinwohnerIn gesenkt und somit globale Gerechtigkeit beim Energieverbrauch erreicht werden. Diese Ziele hat die Stadt Zürich mutig in ihrer Gemeindeverfassung verankert. Bei der Umsetzung setzen die SchweizerInnen dabei auf drei Säulen: Investitionen in erneuerbare Energien, Steigerung der Energieeffizienz und Energiesparen. In allen drei Bereichen wurden verschiedene Projekte angestoßen, um langfristig einer 2000-Watt-Gesellschaft näherzukommen. Konkret wurde beispielsweise eine wegweisende 'Minergie'-Neubau- und Sanierungsstrategie ausgearbeitet, die beste Energieklasse für die Beschaffung neuer Haushaltsgeräte in städtischen Wohnbauten vereinbart und eine Mobilitätsstrategie eingeführt. Dank der Maßnahmen mit Vision erfreut sich Zürich heute schon eines Anteils von 66 % Fahrrad- und Fußverkehr am öffentlichen Verkehr und an 100 % Ökostrom in der städtischen Verwaltung.

Mehr: www.stadt-zuerich.ch & www.2000watt.ch

Gemeinschaftlicher Zusammenhalt und ein hoher Grad an Eigenständigkeit sind für das Inseldasein nur natürlich. Der Gemeinderat der **Nordseeinsel Juist** hat diese Charakteristika nun mit einer Erklärung zur **Energieautarkie und Klimaneutralität bis 2030 amtlich gemacht** und zum Leitziel ausgebaut. Seitdem sprudeln die wegweisenden, kreativen Ideen und praktikablen, bodenständigen Aktionen der 1.509 OstfriesInnen nur so: Solartrocknungsanlage an der Kläranlage, alternative Energie für das Schwimmbad und den Gemeindeserver, kostenfreie Energieberatung, klimaneutraler Briefverkehr, nachhaltiger Tourismus, Kinderuni Klimawandel und, und, und.

Mehr: www.juist.de

In der südschwedischen Stadt Växjö verabredete bereits 1996 eine breite Koalition aus Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren, den Energieverbrauch der Stadt komplett frei von fossilen Brennstoffen werden zu lassen. '**Fossil Fuel Free Växjö**' wurde in den Folgejahren zur Marke, unter der eine Vielzahl von Aktivitäten dieselbe Richtung einschlug. Heute hat Växjö seine Emissionen aus fossiler Energie schon um über 41 % gegenüber 1993 reduziert – bei einem gleichzeitigen Wirtschaftswachstum von 83 %.

Mehr: www.vaxjo.se



"Kommunen brauchen ein visionäres Leitbild, um ihren vielseitigen Herausforderungen zu begegnen und ihre BürgerInnen für Veränderungen zu begeistern."

Sabine Drewes, Heinrich-Böll-Stiftung

Wer klein ist, braucht sich nicht zu verstecken: **Mauenheim**, 430-Seelen-Gemeinde mit 100 Haushalten, ist das erste Dorf in Baden-Württemberg, welches seinen Strom- und Wärmebedarf durch eine Biogasanlage, eine Hackschnitzelheizung und mehrere Solarkraftwerke vollständig aus heimischen, erneuerbaren Energien abdeckt. Ziel war es, ein **Bioenergiedorf und damit zum Vorbild** zu werden. Jetzt sparen die BürgerInnen jährlich € 200.000 und haben ihre komplett umgebaute Infrastruktur in nur 15 Jahren abbezahlt.

Mehr: www.bioenergiedorf-mauenheim.de

Fair und weltoffen präsentiert sich **Nordhausen** und **wird zur ersten Fairtrade-Town Thüringens**. Wie hat das 'Tor zum Harz' geholfen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kleinbauern und Arbeitern in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verbessern und den Umweltschutz zu fördern? Indem Nordhausen kreativ und mit Weitblick vorgeht: Durch die Gründung einer 'Lokalen Fairtrade-Steuerungsgruppe' hat die Stadt ihr Ziel institutionalisiert und kann strategisch planen. Ferner werden öffentlichkeitswirksame Aktionen nicht alleine, sondern mit einer breiten Allianz aus Stadtverwaltung, lokalem Handel und Gewerbe, Wissenschaft sowie Zivilgesellschaft vorangetrieben. Kaffee und Tee in den Sitzungen des Nordhäuser Stadtrates sind natürlich auch fair.

Mehr: www.nordhausen.de & www.fairtrade-towns.de

Nachhaltigkeitssteuerung institutionell verankern

Neben einer enormen Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung haben die lokalen Agendaprozesse der vergangenen 20 Jahre eine Vielzahl von Einzelinstrumenten hervorgebracht, mit Hilfe derer Kommunalverwaltungen messen, prüfen, dokumentieren und beeinflussen können, wie nachhaltig sich das Gemeinwesen entwickelt. All die Indikatorensets, Nachhaltigkeitsberichte, Agenda-Beiräte, Gemeinderatsvorlagen-Checks und Arbeitsgruppen hatten und haben jedoch eines gemeinsam: Am Kern dessen, woran Kommunalverwaltung und -politik sich orientieren, haben sie wenig geändert.

Beim Finanzhaushaltswesen war das anders: Um den gestiegenen Anforderungen an eine transparente Buchführung und den sparsamen Umgang mit Haushaltsmitteln gerecht zu werden, wurde vielerorts das ganze System von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt. Um nun die Entwicklung auch der sozialen und natürlichen Ressourcen auf Gemeindeebene mit derselben Verantwortung steuern zu können, braucht es nichts weniger als einen ebensolchen Systemwechsel.

Dafür müssen die bestehenden einzelnen Instrumente zu einem in politischen Entscheidungszyklen funktio-

nierenden Nachhaltigkeitsmanagementsystem zusammengeführt werden: Gemeinderätliche Zielvorgaben werden anhand von Indikatoren gemessen und ihre Zielerreichung regelmäßig, offen und verständlich dokumentiert. Verwaltungseinheiten sind so gegliedert, dass ihre Alltagsaufgaben in das Zielsystem hineinarbeiten – sei es über die Flächennutzungsplanung, die Verwaltung von Schulen, Krankenhäusern und Mehrzweckhallen, die Energie- und Wasserversorgung, die Integration von MigrantInnen, die Dorferneuerung oder die Wirtschaftsförderung. Gerade in Zeiten knapper personeller und finanzieller Ressourcen verkommt die nachhaltige Entwicklung der Kommune so nicht zum zusätzlichen 'nice-to-have', sondern wird zum Performancekriterium für alle regulären Aufgaben von Verwaltung und Politik.

Bei der Einführung neuer Managementsysteme in Kommunen hat sich gezeigt, dass sogenannte Schlüsselakteure, die eine Vision, ausreichend Kompetenz und Einfluss haben, der ausschlaggebende Erfolgsfaktor für die Umstrukturierung der Verwaltung sind. Sie stoßen die Neuausrichtung in vielen Fällen an und stellen auch in schwierigen Zeiten die Umsetzung vor Ort sicher.



Ludwigsburg verankert Nachhaltigkeitsprozesse institutionell

Die Stadt **Ludwigsburg** hat es als eine der Pionierkommunen in Deutschland geschafft, Politik, Bürgerschaft und Verwaltung gleichermaßen auf das Projekt der lokalen Nachhaltigkeit einzuschwören – und das mit einem festen institutionellen Rahmen. Bereits im Jahr 2004 hat der Gemeinderat mit einem Grundsatzbeschluss den Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung eingeleitet. In den darauffolgenden Jahren wurden Zukunftskonferenzen organisiert, auf denen VertreterInnen der Bürgerschaft, Verwaltung und Politik gemeinsam ein Konzept für die Zukunft der Stadt Ludwigsburg erarbeiteten. Dieses Stadtentwicklungskonzept gliedert sich in 11 Themenfelder, welche gemeinsam nahezu das komplette Stadtleben abbilden und Leitsätze sowie strategische Ziele beinhalten. Mit Hilfe von Masterplänen werden diese in Maßnahmen überführt und von Indikatorensets unterfüttert. In einem weiteren Schritt will die Stadtverwaltung Teile der verwendeten Indikatoren mit dem Haushaltssystem verknüpfen, indem die Kennzahlen des Haushaltsplans den Indikatoren des Stadtentwicklungsplans zugeordnet werden. Der gesamte Prozess wird in Ludwigsburg vom Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, einer Querschnittseinheit der Stadtverwaltung, organisiert.

Mehr: http://www.ludwigsburg.de/site/LudwigsburgIntern/Internet/get/1457606/Konferenzband_ZUKO2012_v.pdf

Anders als in vielen anderen deutschen Städten hat sich in **Trier** die **Lokale Agenda 21 als Verein** gegründet und ist nicht direkt bei der Stadtverwaltung angesiedelt. Die Unabhängigkeit von der Stadtverwaltung hat dem Verein viel Freiheit bei der Initiierung lokaler Projekte ermöglicht und in vielen Fällen die Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft erleichtert. Gleichzeitig sichert der klare Agenda-21-Auftrag der Stadt Trier eine gute Zusammenarbeit. So sind viele erfolgreiche Projekte vor Ort entstanden: von A wie Agenda-Kino bis Z wie Zukunftskonferenz.

Mehr: <http://www.la21-trier.de/startseite/>

Einen speziell für kleinere Kommunen entwickelten Ansatz für eine strategische Nachhaltigkeitssteuerung, der aus dem rheinland-pfälzischen **Modellprojekt 'Projekt21'** entstanden ist, nutzt die **Verbandsgemeinde Neuerburg**. Der 2005 erarbeitete Nachhaltigkeitsbericht legt anhand von 16 Kernindikatoren potenzielle Zielkonflikte zwischen den wesentlichen kommunalen Handlungsfeldern offen. Er bildete die Grundlage für die Entwicklung eines kommunalen Handlungsprogramms für 2006–2016, das im Rahmen moderierter Planungswerkstätten gemeinsam mit zentralen örtlichen Akteuren entstand. Für 2014 steht die Aktualisierung des Nachhaltigkeitsberichtes sowie daraus abgeleitet die Fortschreibung des Handlungsprogramms an.

Mehr: http://www.vg-neuerburg.de/buerger/Agenda21/hbnov06/HandungsprogrammNov06_mitLesezeichen.html



"Die integrierte, nachhaltige Stadtentwicklung muss in der Kommunalpolitik und in der Verwaltung auch institutionell verankert werden. Ansonsten droht der Nachhaltigkeitsgedanke zu einer bloßen Worthölse zu werden. Eine konsequente Umsetzung bedarf außerdem der Messung, Dokumentation und Evaluation. Nur so kann der Erfolg bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele festgestellt werden."

Albert Geiger, Stadt Ludwigsburg

„**CHANGE2 – Wandel im Quadrat**“ überschreibt den 2008 angestoßenen Veränderungsprozess der **Stadt Mannheim**, der das Ziel hat, die Stadtverwaltung zu einer der modernsten in Deutschland zu machen. Hauptanliegen der Reform ist es, das gesamte Verwaltungshandeln an gemeinsamen Zielen auszurichten, welche dann in konkrete Zielvereinbarungen für die einzelnen Dienststellen heruntergebrochen werden. Die Zielausrichtung und neuartige Kommunikationsformate stellen sicher, dass die gesamte Verwaltung an einem Strang zieht.

Mehr: www.mannheim.de

Nachhaltigkeit kommunal ist ein Onlineangebot für Kommunen im deutschsprachigen Raum, welches Informationen und Hilfestellungen rund um kommunale Nachhaltigkeitsprozesse anbietet. Ein besonderer Fokus wird auf ein professionelles Nachhaltigkeitsmanagement gelegt, welches Kommunen dabei unterstützt, parallel stattfindende Prozesse miteinander zu verschalten, eine langfristige Ausrichtung von Strategien zu gewährleisten und Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik zu verknüpfen. Ein Newsletter informiert regelmäßig über die neuesten Entwicklungen in Sachen Nachhaltigkeit in Deutschland.

Mehr: www.nachhaltigkeit-kommunal.eu

Von zivilgesellschaftlichem Engagement getragene Bewegung ermöglichen

Nicht immer beteiligen sich BürgerInnen an den von der Kommunalverwaltung angebotenen Formen der Einbindung in die örtliche Planung und Politikgestaltung. Das heißt jedoch nicht, dass sie an der Entwicklung der Kommune in Richtung Nachhaltigkeit unbeteiligt sind. In zunehmendem Maß stellen bürgerschaftlich getragene Initiativen, Projekte, Genossenschaften und andere Formen unabhängigen Engagements die Laboren für alternative Lebens-, Konsum- und Produktionsmuster vor Ort dar.

Mit diesem Nebeneinander von organisierter Beteiligung und selbst entstehender Initiative aus der Bürgerschaft sind Kommunen manchmal überfordert oder sehen zu viele Gefahren auf dem unbekannten Terrain. Gleichzeitig bieten knapper werdende kommunale Haushalte immer weniger Spielraum, über das gesetzlich vorgegebene Maß hinaus zu experimentieren und zu beteiligen. Damit wird die von zivilgesellschaftlichem Engagement getragene Nachhaltigkeitsbewe-

gung zu einem wertvollen Gut, das es zu pflegen und auszuweiten gilt.

Die Bedürfnisse der Individuen und Gruppen, die sich für den Übergang zur nachhaltigen Gesellschaft vor Ort engagieren, sind vielfältig und müssen jeweils einzeln betrachtet werden: Während die einen möglicherweise den Eingang ihrer Ideen in die örtlichen Planungsprozesse suchen, reagieren andere vielleicht empfindlich auf Versuche der Verwaltung, ihr Projekt in die 'offizielle' Kommunalpolitik zu integrieren. Die Rolle der Kommunalverwaltung muss sich entsprechend ändern: Aus dem 'Steuerer', der das Ruder in der Hand hält und die BürgerInnen 'beteiligt', wird der 'Ermöglicher', der förderliche Voraussetzungen für unterschiedliche Formen bürgerschaftlichen Engagements schafft und darauf hinwirkt, dass die Gesamtheit aller Nachhaltigkeitsinitiativen – sowohl derjenigen aus Verwaltung und Politik als auch derjenigen aus der Zivilgesellschaft – als lokaler Nachhaltigkeitsprozess wahrgenommen wird.



Augsburg: Stadt und Bürgerschaft gehen gemeinsam voran

Die Stadt **Augsburg** motiviert ihre Bürgerschaft erfolgreich dazu, sich in städtische und gesellschaftliche Prozesse einzubringen – bereits 25,4 % der BürgerInnen engagieren sich freiwillig und 63,7 % signalisieren ihre generelle Bereitschaft dazu. Diese beeindruckenden Zahlen gehen auf eine langjährige herausragende Arbeit im Bereich Bürgerbeteiligung zurück. Bereits 2002 hat Augsburg als erste Stadt Bayerns ein Bündnis für Bürgerengagement, Ehrenamt und Freiwilligenarbeit gegründet, welches zeitlich befristete wie auch dauerhafte Beteiligung und Mitwirkung fördert und Akteure aus Verwaltung/Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft zusammenführt. Rund 1800 Personen aus allen Bereichen der Stadtgesellschaft sind derzeit in 35 Projekten aktiv. Um das umfangreiche Engagement zu würdigen, gibt das 2009 eingeführte Büro für Bürgerschaftliches Engagement, das gleichzeitig als Geschäftsstelle des 'Bündnis für Augsburg' fungiert, das Gutscheineheft „Augsburg engagiert – Herzlichen Dank“ an BürgerInnen aus, die sich mindestens 80 Stunden im Jahr ehrenamtlich engagiert haben. Im Jahr 2011 wurde das vorbildliche und erfolgreiche Einbinden bürgerschaftlichen Engagements der Stadt Augsburg in der Kategorie „Politik und Verwaltung“ mit dem Engagementpreis ausgezeichnet.

Mehr: www.nachhaltigkeit.augsburg.de

In **Pfaffenhofen an der Ilm** werden BürgerInnen mit dem innovativen Aktionsprogramm „**PAF und DU – Mitwissen, mitreden, mitgestalten**“ in das stadtplanerische Geschehen eingebunden. So werden sie über die aktuelle Stadtpolitik auf dem Laufenden gehalten und können sich unter anderem über „PAF und DU“-Workshops gezielt einbringen. Seit 2013 ermöglicht das Bürger-Mitmachportal „pafunddu.de“ Vereinen und Organisationen, über ihre Aktivitäten zu informieren. Gleichzeitig haben BürgerInnen die Möglichkeit zu kommentieren, zu diskutieren, sich zu informieren und an stadtrelevanten Umfragen teilzunehmen.

Mehr: www.pafunddu.de

Mit Hilfe der eigens dafür eingerichteten Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung hat die Stadt Heidelberg mit VertreterInnen des Gemeinderats, der Verwaltung und der Bürgerschaft „**Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in Heidelberg**“ entwickelt. Kernstück der Leitlinien ist, neben wichtigen Anregungen und Ratschlägen rund um Bürgerbeteiligung, die sogenannte Vorhabenliste. Hier stellt die Stadt alle wichtigen Projekte mit einer Relevanz für die Bürgerschaft vor und bietet durch klar strukturierte Prozesse die Möglichkeit zur Mitgestaltung.

Mehr: www.heidelberg.de



"Der Nachhaltigkeitsprozess braucht vielfältige Akteure und stetiges Wirken. Für die Verwaltung heißt das, den richtigen Mix aus eigenen Akzenten und Freiräumen für andere zu finden."

Norbert Stamm, Stadt Augsburg

Die sachsen-anhaltinische **Stadt Halle** hat gemeinsam mit verschiedenen Partnern vor Ort beschlossen, dem weitverbreiteten Häuserleerstand mit Kreativität und Gemeinschaftsgefühl zu begegnen. Die so entstandene **Freiraumgalerie** verbindet künstlerische Inszenierung von Leerstand mit partizipativer Stadtgestaltung. Durch Projektkooperationen mit Schulen, Ämtern, Vereinen und Kitas haben BewohnerInnen entscheidenden Anteil an der Gestaltung „ihres Viertels“ und setzen neue städtebauliche Entwicklungsimpulse.

Mehr: www.freiraumgalerie.com

In **Bremen** helfen **Umweltlotsen** BürgerInnen aus sozial benachteiligten Quartieren dabei, im Haushalt umweltschonender vorzugehen – und das in fünf verschiedenen Sprachen. Um Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen und ihnen aufzuzeigen, wie sie ohne zusätzliche Investitionen Energie und damit Geld sparen können, ist es wichtig, sie in ihrer Muttersprache anzusprechen. Die Stadt Bremen übernimmt die Ausbildung der Umweltlotsen, welche meist aus dem Stadtviertel kommen, in dem sie aktiv sind und das Umfeld der MitbürgerInnen gut kennen. Authentizität ist hier der Schlüssel zum Erfolg.

Mehr: www.bremer-umwelt-beratung.de

Vom 'gefällt mir' zum 'mach ich'

Während die zivilgesellschaftlichen Akteure lokaler Agendaprozesse in den 1990er Jahren häufig noch darauf angewiesen waren, dass die Kommunalverwaltung ihnen Informationen bereitstellte, Einladungsschreiben verfasste und verschickte, Versammlungen einberief und die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen miteinander vernetzte, können sie all dies heutzutage mit wenigen Mausklicks selbst tun. Beschaffung und Verbreitung von Informationen an Adressatenkreise, die weit über den eigenen Ort hinausreichen, Organisation spontaner Versammlungen, Aufbau und Pflege von lokalen bis globalen Netzwerken – Internet und Smartphone sorgen für eine Beschleunigung und Vereinfachung, die in Sachen Kommunikation neue Möglichkeiten erschließen, neue Bedürfnisse erzeugen und neue Standards setzen.

Für Kommunalverwaltungen stellt sich die Frage, inwieweit sich hierdurch ihre Rolle im Zusammenspiel mit der örtlichen Gesellschaft neu definiert. Einem sinkenden Aufwand etwa für die Bereitstellung allgemein zugänglicher Informationen steht ein insgesamt steigender Kommunikationsaufwand gegenüber. BürgerInnen und

Akteursgruppen, die über ein hohes Maß an digitaler Vernetzung und Selbstorganisation verfügen, stehen solche Teile der örtlichen Gesellschaft gegenüber, die nur über persönliche Ansprache erreicht werden.

Für die zukünftige Qualität und Effizienz lokaler Nachhaltigkeitsprozesse ist es erforderlich, dass Städte und Gemeinden mit den gängigen interaktiven Kommunikationswerkzeugen, die das Internet bietet, vertraut sind und umgehen können. Ziel ist es, BürgerInnen über ein bequemes 'gefällt mir' (oder 'gefällt mir nicht') hinaus zu eigenen, aktiven Beiträgen für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort zu animieren – und das nicht virtuell, sondern ganz konkret bei der Gestaltung des öffentlichen Raums, der Veränderung von Konsumgewohnheiten oder der Übernahme sozialer Verantwortung. Dieses 'Gewebe' aus vielen Einzelmaßnahmen als zusammenhängenden kommunalen Entwicklungsprozess darzustellen, individuelle Anerkennung zu vermitteln und dabei Gemeinwohlinteressen von solchen einzelner Gruppen abzugrenzen, umreißt die zukünftige Rolle der Verwaltung im Kommunikationsprozess mit den Bürgern.



In Deutschland nutzen rund 22 Millionen Menschen Facebook, bei den 18- bis 30-Jährigen sind 96 Prozent in sozialen Netzwerken aktiv. Daraus ergibt sich für Kommunen das große Potenzial einer effektiveren Öffentlichkeitsarbeit, größerer Bürgernähe, einer transparenteren Gestaltung von Entscheidungs- und Beteiligungsverfahren und besseren Wissensmanagements. Derzeit haben viele Kommunen Vorbehalte gegenüber der Nutzung sozialer Netzwerke, welche oft mit juristischen Unwägbarkeiten begründet werden. Zu diesem Zweck hat der **Deutsche Städte- und Gemeindebund** sieben kurze und sehr hilfreiche **Leitlinien für Kommunen zu den Chancen und Risiken der Internetkommunikation** herausgegeben, die klare Handlungsanweisungen zusammenfassen und vermeidbare Stolpersteine aufzeigen. Mehr: www.dstgb.de

Die offizielle **Facebook-Seite der Bundesstadt Bonn** beeindruckt mit mehr als 26.000 Fans. Tägliche 'Posts' haben Praktisches wie Kulturtipps, Wetter oder das neue VHS-Programm parat und ziehen SurferInnen an. Informationen aus der Kommune können so noch vielfältiger die BürgerInnen erreichen und beispielsweise bekanntgeben, dass die Stadtverwaltung jetzt öfter mit dem Elektrofahrrad unterwegs ist oder dass heute Abend ab 18 Uhr der Tagesordnungspunkt 'Barrierefreie Stadt' der Stadtratssitzung per Live-Stream mitverfolgt werden kann. Der Zugang zum Online-Bürgerservice, Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und -befragung runden die innovationsfreudige Interaktion ab. Bonns verfasste 'Netiquette', der geltende Grundsatz bei der offenen Beteiligung im Netz, erbittet eine respektvolle Kommunikation. Mehr: www.facebook.com/bundesstadtbonn

Mit dem Sozialatlas finden ChemnitzerInnen die sozialen Dienstleistungen, die sie brauchen. Die webbasierte Informationsplattform bildet die über 1000 sozialen Einrichtungen der Stadt nach inhaltlichen und räumlichen Gesichtspunkten auf einer Karte ab. Der Innovationsgehalt besteht darin, dass auch Elternräte, Bürgerinitiativen oder Selbsthilfegruppen von „nebenan“ aufspürbar sind. Zudem thematisiert der **Chemnitzer Sozialatlas** durch seine wechselnden Verknüpfungen und Suchoptionen aktuelle soziale Fragen. Mehr: www.sozialatlas-chemnitz.de

Das **Landratsamt Ostallgäu** hat sich einen eigenen **Youtube-Kanal** angelegt, um ausgewählte Inhalte seiner Bevölkerung auch bildlich zu vermitteln. Ein voller Erfolg, der sehr gut angenommen wird. In nur knapp zwei Jahren produzierte der Landkreis 259 Kurzbeiträge in neun Kategorien, darunter Ehrenamt, Wirtschaft, Bildung und Verkehr, und erreichte damit über 33.000 Menschen. Nachahmenswert. Mehr: www.youtube.com/user/ostallgaeu und www.ostallgaeu.de

Seit dem Doppelhaushalt 2009/2010 werden die **BürgerInnen an der Aufstellung des Freiburger Kommunalhaushaltes**



"Mit den Medien wandelt sich auch die Art und Weise unserer Kommunikation. Das müssen wir in den Kommunalverwaltungen aufgreifen, sonst wundern wir uns womöglich eines Tages darüber, dass nur noch über uns und nicht mehr mit uns kommuniziert wird. Wir in Bonn erleben das als spannenden und chancenreichen Prozess, der uns in einen wirkungsvollen Dialog mit den Menschen bringt."

Dr. Monika Hörig, Stadt Bonn

beteiligt. Das dazugehörige Online-Portal ist zum Aushängeschild im Beteiligungsprozess geworden. Wo soll Freiburg Ausgaben einsparen, unverändert lassen oder erhöhen? Auch 2013 diskutierten, kommentierten und bewerteten die FreiburgerInnen wieder in 14 Foren entlang von zehn Themen den anstehenden Doppelhaushalt. Nach vier Monaten seit der Vorstellung des Haushaltsentwurfs waren 39 Bürgervorschläge in die Beratungen eingeflossen. Mehr: www.beteiligungshaushalt-freiburg.de

Die offiziellen Twitterseiten der **Städte Leipzig und Regensburg** präsentieren sich durch das digitale Echtzeitprogramm alt und neu zugleich. Aktuelle Nachrichten, Infos und Tipps von der Stadt für die Stadt. Das Kommunikationsgezwitscher ist für Fragen und Hinweise der NutzerInnen offen und bietet der Kommune die Möglichkeit, den Puls der Zeit zu fühlen. Mehr: <https://twitter.com/StadtLeipzig> und <https://twitter.com/stadtreensburg>

Wo werden die StadtbewohnerInnen wie leben? Wie wird Wien wo im Jahr 2025 aussehen? Diese Fragen möchte die Hauptstadt Österreichs nicht einfach selbst beantworten, sondern bietet ihren BürgerInnen unter „**Wien 2025 – meine Zukunft**“ in einem breit angelegten Diskussions-, Informations- und Beteiligungsprozess an, zukünftige **Stadtentwicklungen über Facebook, Google+ und Twitter mitzubestimmen**. Mehr: www.wien2025.at

Beim Wirtschaften ansetzen

36

Trotz aller Kritik: Das in Rio+20 proklamierte Konzept einer 'Grünen Wirtschaft' (Green Economy) kann vor Ort dazu beitragen, einen jahrelangen Missstand der Nachhaltigkeitsbewegung zu korrigieren: Statt mit Nachhaltigkeitsprojekten den negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen menschlichen Wirtschaftens zu begegnen, kann nun beim Wirtschaften direkt angesetzt werden. Nicht nur Unternehmen, auch Kommunalverwaltungen und Privathaushalte wirtschaften nämlich: Sie kaufen ein und werfen weg, beschaffen Güter und vergeben Dienstleistungen, produzieren Waren. All diese Akte des Wirtschaftens ökologischen und sozialen Kriterien zu unterwerfen, stellt wahrscheinlich eines der wirkungsvollsten Instrumente einer nachhaltigen Entwicklung dar. Konkret ist Green Economy also ein Konzept, das Umwelt und Wirtschaft positiv miteinander verbindet, um so die gesellschaftliche Wohlfahrt zu steigern.

Kommunal und regional gedacht bietet die konsequente Ausrichtung auf ein nachhaltiges Wirtschaften die Grundlage für eine Entwicklungsstrategie, an der sich eine Vielzahl von Akteuren beteiligen kann, sei es bei einer auf erneuerbaren Energien basierenden Energieversorgung, der Modernisierung der Infrastruktur, der Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft und Schließung von Stoffkreisläufen, der öffentlichen Beschaffung, der Erhaltung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, bei der Auswahl der Nahrungsmittel im Einkaufskorb oder des Urlaubsziels. Wenn Verwaltung und Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft nachhaltig wirtschaften, stärkt das die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Stadt und Region. Zudem fördert es gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe, und es führt technologische und soziale Innovationen ein, die vor Ort und darüber hinaus langfristig eine hohe Lebensqualität sichern, während der Verbrauch an natürlichen Ressourcen zurückgehen kann.



Dresden unterstützt Firmengründung durch Crowdfunding-Schulung

Crowdfunding ist eine Art der Finanzierung, bei der sich die Kapitalbeschaffung auf eine große Anzahl an Personen mit kleinen Geldeinlagen verteilt. Entstanden ist das System in der Musikszene, wo KünstlerInnen auf diese Weise ihre Alben vorzufinanzieren, um unabhängig von der Musikindustrie produzieren zu können. Anders als beim Fundraising bekommen die GeldgeberInnen beim Crowdfunding als Gegenleistung beispielsweise das fertige Werk, individuelle Geschenke, Medialeistungen oder eine Gewinnbeteiligung. Aufgrund der oftmals vorhandenen sozialen Komponente, aber auch wegen der Möglichkeit, Nischen mit nachhaltigeren, nicht primär renditeorientierten Wirtschaftsmodellen zu besetzen, sucht die Existenzgründerberatung der Stadt **Dresden** innovative Ideen durch Crowdfunding-Schulungen zur Umsetzung zu bringen. Andere Städte nutzen die Methode für eigene Vorhaben: Die Stadt Oestrich-Winkel in Hessen hat durch Crowdfunding einen Bürgerkredit für Investitionen in die Freiwillige Feuerwehr auf die Beine gestellt. Die Stadt Langen wirbt Geld für regenerative Energien ein, um die Straßenbeleuchtung mit Ökostrom zu versorgen.

Mehr: www.dresden.de/de/07/01/01_Existenzgruenderberatung.php
und www.leihdeinerstadtgeld.de

Mannheim fördert stadtkulturelle und kreativwirtschaftliche Initiativen in Sachen Nachhaltigkeit. Beispielsweise durch Projekte wie den **Green Club Index**, bei dem Mannheimer Discoteken an das Energiemanagement herangeführt werden, oder das **Greener Maifeld Derby**, ein zweitägiges Musikfestival mit 5.000 BesucherInnen, das seinen ökologischen Fußabdruck unter anderem durch umweltfreundliche Mobilität und Gastronomie bewusst und öffentlichkeitswirksam reduziert.

Mehr: www.greenclubindex.de
und www.maifeld-derby.de

Neben der Förderung der Stadt-Umland-Beziehungen durch die Einrichtung eines Marktplatzes für regionale Produkte ist vor allem **St. Ingberts Vermarktungsmodell der verfügbaren Gewerbe- und Industrieflächen** zukunftsweisend. Bei der Entscheidung für oder gegen ansiedlungswillige Unternehmen sind Gewerbesteueraufkommen, Arbeitsplätze und nachhaltige Produktion als vergaberechtliche Kriterien ausschlaggebend. Darüber hinaus werden Unternehmen bei der Ansiedlung vertraglich verpflichtet, ihren gesamten Wärmebedarf über das vorhandene Biomasseheizwerk zu beziehen.

Mehr: www.sanktingbert.de

Wiesbaden nutzt das Potenzial der öffentlichen Beschaffung, um den Markt für „grüne“ Schreibwaren nachhaltiger zu gestalten. Rund 200 entsprechende Produkte sind über einen zentra-



"Die öffentliche Beschaffung macht rund 20 % des europäischen Bruttoinlandsproduktes aus. Damit ist sie ein wichtiger Motor, um die Nachfrage nach umwelt- und sozialverträglichen Produkten und Dienstleistungen zu steigern."

Philipp Tepper, Koordinator der Beschaffungsinitiative Procura+, ICLEI Europa

len, digitalen Katalog von den einzelnen Verwaltungsabteilungen bestellbar. Durch die zentrale Handhabung können die meist teureren, höheren sozialen und ökologischen Standards preislich aufgefangen werden. Auf diese Weise sind die Wiesbadener Schreibwaren z. B. lösemittelfrei, nachfüllbar und wiederverwendbar oder bestehen aus 60 % recyceltem Kunststoff. Auch andere Städte wie Dortmund beschaffen nach öko-sozialen Kriterien oder haben wie Esslingen eine Dienstanweisung zum Kauf fair gehandelter Produkte.

Mehr: www.wiesbaden.de
und www.landmark-project.eu/de/home
und www.sustainable-procurement.org

Verschenken statt wegwerfen – nach diesem Motto **eröffnete die Bremer Stadtverwaltung** eine Bauteilbörse. Eine andere Option, scheinbar unnütze Ressourcen im Wirtschaftskreislauf zu halten, ist das Upcycling, bei dem ausgediente Produkte, manchmal in Kombination mit anderen Materialien, zu neuen Produkten mit neuen Funktionen werden. Oft sind diese innovativ und künstlerisch im Design und haben daher ein hohes Potenzial für Sensibilisierungskampagnen. Die **Stadt Kaunas** kombinierte so Ressourcen- und Energieeffizienz mit Umweltbildung bei ihrem **Weihnachtsbaum**. Der setzte sich nämlich unter anderem aus recycelten Kunststoffflaschen zusammen und trug eine LED-Beleuchtung. Eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erhaltend wurde er zum schönsten Weihnachtsbaum Litauens gewählt.

Mehr: www.bauteilboerse-bremen.de
und www.kunst-stoffe-berlin.de und www.kaunas.lt

Regenerative, ressourcenproduktive Stadtregionen schaffen

Städte und ihre BewohnerInnen wurden bis heute im Wesentlichen als Verbraucher natürlicher Ressourcen betrachtet – sie können Ressourcen jedoch auch erneuern oder gar vor Ort produzieren und in Kreisläufen führen, so etwa Energie, Trinkwasser, Nahrungsmittel, industrielle Rohstoffe oder Nährstoffe. Dabei geht es nicht um eine neue Form von Autarkie oder die reine Selbstversorgung einzelner Gebiete, sondern um die möglichst dezentrale, insgesamt aber massenhafte Produktion der für das tägliche Leben notwendigen Grundlagen in miteinander clever vernetzten räumlichen Einheiten und Kreisläufen. Als Vorbild kann das Internet dienen, das für die Ressource 'Information' jeden Mensch gleichzeitig zum Anbietenden und Nutzenden macht.

38

Um diesen Übergang vom Konsumenten zum 'Prosumenten' zu vollziehen, müssen Städte gemeinsam mit ihrem Umland regionale Experimentierräume schaffen, in denen der gesamte Stoffwechsel einer Region auf Kreislaufwirtschaft, nachhaltige lokale Produktion und Ressourcenschonung umgestellt wird. Dies erfor-

dert eine neue Qualität und Intensität der Kooperation zwischen Stadt und Land und gleichzeitig eine Re-Regionalisierung aus zweierlei Richtung: zum einen die Ausweitung des städtischen Blicks, zum anderen aber auch die Refokussierung des global(isiert)en Blicks auf die Region als zentrale wirtschaftliche Einheit.

Die 'Produktive Stadt' birgt ein hohes Potenzial an persönlicher Identifikation mit der politischen Frage: Was können wir vor Ort, in der Region, produzieren und was trägt zu einer höheren Lebensqualität bei? Angesichts knapper kommunaler Kassen und steigender Rohstoffpreise trägt sie außerdem zur Schließung regionaler Wirtschafts- und Wertschöpfungskreisläufe und der Nutzung der lokalen Potenziale bei. Bereits bestehende Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Urban-Gardening-Initiativen, Energiegenossenschaften, Ansätze für Urban Mining, regionale Mobilitätskonzepte oder die ressourcenschonende Erneuerung der Infrastruktur können dabei Anknüpfungspunkte sein, die es weiterzuentwickeln und auszuweiten gilt.



Pirmasens: Natürliche Ressourcen generieren und regenerieren

Angesichts knapper Kassen und durch den Strukturwandel in der Schuhindustrie deutlich gesunkener Einwohnerzahlen setzt die Stadt Pirmasens auf ihr Naturkapital. Auf Grundlage eines Biomassemasterplans wurden alle regenerativen Stoffströme im Stadtgebiet erfasst und schließlich in einem gemeinsamen Energiepark zusammengeführt. Von dort erfolgt die Aufteilung der Stoffströme (nachwachsende Rohstoffe, holzartige Substrate, Speisereste, biogene Reststoffe usw.) in die einzelnen Anlagen. Der Energiepark ist ein Gemeinschaftsprojekt der ortsansässigen Industrie, von Landwirten aus der Region, dem Prüf- und Forschungsinstitut Pirmasens und der Stadt **Pirmasens**. Für ihre Kläranlage untersuchte die Stadt außerdem Möglichkeiten der Phosphor-Rückgewinnung aus Klärschlamm. Im Radwegbau versucht die Stadt zu ermitteln, welche Recyclingbaustoffe sich am besten für die Befestigung eignen. Insgesamt werden acht Alternativen auf ihre Vor- und Nachteile hin untersucht. Beurteilungskriterien sind die Schonung von Ressourcen, die Wiederverwendung von Stoffen als Baumaterial, guter Fahrkomfort, Investitions- und Unterhaltskosten, Lebensdauer und eine Eignung des Materials im Hinblick auf die Topographie in und um Pirmasens. Mehr: http://www.energiezukunft.eu/projekte/inland/pirmasens-strategien-fuer-die-zukunft/?bt=0&no_cache=1

Null-Emissions-Gemeinden haben es sich zum Ziel gesetzt, den CO₂-Ausstoß drastisch zu senken, um schrittweise eine vollständige Vermeidung von CO₂-Emissionen zu erreichen. Um diese Vision zu verwirklichen, wird der gegenwärtige Wärme- und Stromverbrauch aller privaten Wohnhäuser, Gewerbebetriebe und öffentlichen Gebäude vor Ort erfasst und anschließend analysiert, wie man die Energieeffizienz der Gebäudehüllen, der Beleuchtung oder der Heiztechnik steigern kann. Parallel dazu werden regionale Möglichkeiten für die Nutzung von Biomasse, Solar- und Windenergie, Wasserkraft und der Kraft-Wärme-Koppelung erforscht. Die konkrete Umsetzung wird in den Gemeinden unterschiedlich forciert.

Mehr: www.null-emissions-gemeinden.de



"Um einen goldenen Ehering herzustellen, braucht man entweder 10 Tonnen Golderz oder 10 Kilogramm alte Handys."

Janez Potocnik, EU-Kommissar für Umwelt

Mit seinem Projekt „**Essbare Stadt**“ macht Andernach aus seinen Parkanlagen begehbare Gärten und ergänzt die gewohnten Grünflächen um Beete mit Gemüsearten wie Zucchini, Mangold oder Salat. Mit dieser einmaligen Maßnahme gibt die Stadt ihren Grünflächen ökologische und ökonomische Funktionen zurück und macht sie für BürgerInnen erlebbar. Die Wichtigkeit genetischer Vielfalt für eine gesunde Landwirtschaft wird dabei besonders thematisiert und jedes Jahr anhand einer ausgewählten Gemüseart dargestellt. So wurden im Jahr 2010 101 Tomatensorten, ein Jahr darauf 100 Bohnensorten und 2013 20 verschiedene Zwiebelsorten angepflanzt.

Mehr: www.andernach.de

Frankreichs ehemalige Kohleregion **Nord-Pas de Calais** hat das ambitionierte Ziel, vor Ort eine **dritte Industrielle Revolution** einzuleiten: Die Konvergenz von Internet und erneuerbaren Energien soll vor allem die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen überwinden. Zusammen mit regionalen und internationalen ExpertInnen wurde in 8 Arbeitsgruppen ein Energiefahrplan entwickelt, der die innovative industrielle Umgestaltung der Region beschreibt.

Mehr: <http://www.nordpasdecalaisthethirdindustrialrevolution.com>

Lokale Antworten auf die Frage nach dem 'rechten Maß' finden

Der Lebensstil der „entwickelten“ Länder verbraucht weit mehr Ressourcen und produziert mehr Abfälle, als unser Planet regenerieren kann – damit taugt er nicht als Modell für alle Menschen weltweit. Gleichzeitig sorgen sich gerade die reichen Länder um ihre seit Jahrzehnten sinkenden Wachstumsraten. Die seit Rio+20 populärste Lösung für beide Probleme sind neue, 'grüne' Technologien, die die Ressourceneffizienz vervielfachen und damit Wirtschaftswachstum und Umweltschutz gleichzeitig beschleunigen.

Eine andere, mindestens ebenso erfolgversprechende Strategie ist derzeit gesellschaftlich und politisch noch weniger präsent, verschafft sich aber durch die Diskussion etwa über 'Slow Food', 'Postwachstumsökonomie', 'Share Economy' oder 'Entschleunigung' zunehmend Aufmerksamkeit: Suffizienz – oder altmodischer: Genügsamkeit.

Das Entwicklungsstadium, das bei den meisten Organismen auf die Phase des Wachstums folgt, ist nicht etwa die Schrumpfung, sondern das 'Erwachsensein'. Und nur in 'ausgewachsenen', demokratischen und pluralistischen Gesellschaften genießen BürgerInnen das Privileg, sich darauf zu besinnen, was und wie viel sie tatsächlich zum Leben – und zu ihrem Glück – benötigen.

Dass 'weniger haben' und 'weniger verbrauchen' durchaus ein Gewinn an Lebensqualität sein kann, kann vor allem auf lokaler Ebene erfahrbar gemacht werden: Dinge gemeinsam nutzen und dabei mit anderen Menschen in Kontakt kommen, bummeln durch den Stadtteil- statt den Supermarkt, Dinge reparieren und dabei nützliche Fertigkeiten an die Gemeinschaft vermitteln – die Kommune eignet sich als Keimzelle und Labor für einen Lebensstil, der ein gutes Leben für alle ermöglicht, sowohl vor Ort als auch weltweit.



Basel-Stadt hält Maß mit Lenkungsabgabe

Die Basler Initiative „Energiekanton 2000“ setzte kreative Energie frei und bewirkte eine wesentliche Neuerung im Schweizer Stromgesetz – eine Lenkungsabgabe zum Energiesparen. Bereits 1998 verabschiedete das Stadtparlament Basel-Stadt diesen Steuerungsmechanismus mit großer Mehrheit. Seitdem bezahlen BaslerInnen und heimische Wirtschaft je nach Tarif für jede Kilowattstunde Strom zwischen drei und sechs Rappen als Abgabe in den Stromsparmögensfonds Basel. Wer wenig Strom verbraucht, bezahlt von vornherein einen niedrigeren Beitrag in den Fonds. Einmal im Jahr bekommt jeder Privathaushalt 72 Franken, jeder Betrieb rund ein halbes Prozent seiner Lohnsumme (Arbeitsplatz-Bonus) zurück. Weil mit diesem Bonus jeder gleich viel Geld aus dem Fonds zurückerhält, haben die Sparsamen am Ende die bessere Bilanz. Neben dem Effekt, dass sich neu angeschaffte, energieeffizientere Geräte schneller rentieren, wird auf diese Weise in erster Linie Suffizienz gefördert. Auf der Unternehmensseite werden mit der Kopplung des Bonus an die Lohnsumme diejenigen Firmen belohnt, die viele Stellen anbieten. So wird die Lenkungsabgabe auch zum Standortfaktor. Die Evaluation des Steuerungsmechanismus zeigt, dass die energetische Wirkung des Systems zwischen 30 GWh und 100 GWh pro Jahr beträgt.

Mehr: www.aue.bs.ch/fachbereiche/energie/lenkungsabgabe

Gent und die TeilzeitvegetarierInnen

Die globale Fleischproduktion ist eine der Hauptursachen für den Klimawandel. Der Methanausstoß, den insbesondere Rinder, aber auch andere Wiederkäuer bei der Verdauung produzieren, die CO₂-intensive Viehhaltung und die Abholzung riesiger Regenwaldflächen für Weideland und Tiernahrung sind für mehr als 18 % der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Im Umkehrschluss bedeutet „Less meat, less heat“ (weniger Fleisch, weniger Klimaerwärmung). Daher hat die Stadt Gent 2009 den „Gemüse-Donnerstag“ eingeführt und war damit die erste Stadt weltweit, die offiziell einen vegetarischen Wochentag unterstützt. So gibt es in allen öffentlichen Kantinen und Schulmensen ein vegetarisches Hauptgericht. Die Stadtverwaltung unterstützt die Aktion personell und finanziell und druckt vegetarische Straßenkarten und Informationsbroschüren für BewohnerInnen und TouristInnen. Etwa hundert Restaurants beteiligen sich an der Bewegung des Teilzeitvegetarismus. Ganz wichtig dabei ist aber: Gezwungen wird niemand, wer Fleisch essen will, darf das natürlich tun. Neben dem Klimaschutz dient ein vegetarischer Tag in der Woche der Gesundheit und befördert das Bewusstsein, dass jede/r BürgerIn einen kleinen Beitrag leisten kann, um das Klima zu schützen.

Mehr: www.gent.be & www.donnerstag-veggietag.de



"Teilen ist das neue Haben. Es ist die Chance zu einer neuen Lebensqualität und zu einer modernen Interpretation von Nachbarschaft. In der Wirtschaft des Teilens, in der man nutzt, statt immer nur selbst zu besitzen, wird das soziale Zusammenleben gestärkt und der ökologische Fußabdruck verkleinert."

Ariane Bischoff, Stadt Solingen

Bremen nutzt, anstelle zu besitzen

„Wenn Sie Milch wollen, kaufen Sie sich dann eine Kuh?“ fragt die Freie Hansestadt Bremen und bringt Car-Sharing auf den Punkt. mobil.punkt-Stationen des Car-Sharings sind vom Bremer Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gefördert und haben bereits 7.500 Haushalte das Prinzip anwenden lassen: Autofahren, ohne ein eigenes Fahrzeug zu besitzen und dabei auch noch Geld sparen. Durch Car-Sharing wird Parkraum in den Städten entlastet, die öffentlichen Verkehrsmittel und das Rad ergänzt. Auto-TeilerInnen haben statistisch bislang über 2.000 Fahrzeuge in Bremen ersetzt. Würde die Stadt versuchen, diesen Entlastungseffekt durch Tiefgaragen zu erreichen, müsste sie mindestens 25 bis 50 Mio. Euro investieren. Die Einrichtung von Sammelstationen ist in der bisherigen Straßenverkehrsordnung (StVO) jedoch noch nicht enthalten. Bremen hat daher im April 2004 die Initiative ergriffen. Heute umspannt die Hansestadt ein dichtes Netz von Car-Sharing-Stationen dreier unterschiedlicher Anbieter. Eine Online-Karte hilft bei der Orientierung, Smartphone-Apps und Telefonzentralen bei der Buchung und cleveren Routenplanung. Die nutzungsabhängige Abrechnung ("jeder Kilometer zählt") unterstützt eine bewusste Pkw-Nutzung und Fahrzeugwahl.

Mehr: www.mobilpunkt-bremen.de

Über das Hier und Jetzt hinausdenken

Jeder Mensch trifft tagtäglich, sei es beruflich oder im Privatleben, Entscheidungen, die einer nachhaltigen Entwicklung eher zuträglich sind oder eben nicht. In der Summe haben diese unzähligen Einzelentscheidungen mehr Gewicht als der beste kommunale Nachhaltigkeitsplan. Dass Nachhaltigkeitsprozesse in weiten Teilen Bildungs- und Vermittlungsprozesse sind, war auch Gegenstand der von den Vereinten Nationen für die Jahre 2005–2014 ausgerufenen Dekade 'Bildung für Nachhaltige Entwicklung'.

Auf die kommunale Ebene bezogen heißt dies, Gelegenheiten zu schaffen, bei denen verschiedene Akteure Werte, Kenntnisse und Fertigkeiten kennenlernen, die ihnen eine Wahl zwischen einer mehr oder weniger nachhaltigen Lebensgestaltung ermöglichen. Dies kann in Form von Projekten oder Veranstaltungen geschehen, aber auch durch die Einführung von Routinen in

der Kommunalverwaltung oder neuen Bildungsinhalten in Zusammenarbeit mit Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen. Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Menschen konkret im Alltag Verantwortung übernehmen können, für die eigenen Enkel und die Menschen am anderen Ende des Erdballs, mag dabei deutlichere Spuren hinterlassen als die theoretische Vermittlung der Bedeutung von 'Nachhaltigkeit': Ziel ist es, den räumlichen und zeitlichen Blick über das Hier und Jetzt hinaus zu erweitern.

Die UN-Dekade hat auch auf kommunaler Ebene bereits eine Vielzahl entsprechender Aktivitäten angeregt, dokumentiert und ausgezeichnet. Den erweiterten Blick auf zukünftige und weit entfernte Auswirkungen unseres täglichen Handelns mit derselben Selbstverständlichkeit abzufragen wie etwa die Frage 'Was kostet es?', wäre ein nächster logischer Schritt.



Die Europäische Union stellt seit 2013 Kommunen in Europa den **Referenzrahmen für nachhaltige Städte** (Reference Framework for Sustainable Cities – RFSC) zur Seite, mit dem sie Maßnahmen, Projekte und Strategien auf Nachhaltigkeitskriterien hin überprüfen können und sich gleichzeitig dank einer Onlineplattform mit anderen Kommunen aus ganz Europa austauschen und vernetzen können. Mehr: www.rfsc.de

Wie wollen wir eigentlich leben? Wie soll unsere Welt aussehen? Was ist meine Rolle? Die **Stadt Freiburg** führte zu diesen Fragen gemeinsam mit Partnern vor Ort die Veranstaltungsreihe „**Nachhaltigkeit als Lebenskunst**“ durch, die insbesondere Wertorientierungen und Lebensweisen des/der Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Zu Themen wie Energie, Arbeit, Zeit, Lebensmittel, Raum und anderen mehr fanden ganz unterschiedliche Veranstaltungen statt: Diskussionsrunden, Vorträge, Exkursionen, Ausstellungen und Workshops. Ziel war, die Teilnehmenden mit neuen Impulsen für den eigenen Alltag auszustatten und zu Gedankenspielen anzuregen. Dieser Ansatz, der die übliche Verengung auf Energie- und Klimathemen überwinden sollte, erreichte neue Zielgruppen und ermöglichte eine sehr persönliche Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit.

Mehr: www.nachhaltigkeit-als-lebenskunst.de

Die Gemeindeverwaltung der **Verbandsgemeinde Neuerburg** hat das Potenzial der jüngsten BürgerInnen erkannt und vermittelt durch das **Zukunftsdiplom Kindern** zwischen 6 und 12 schon früh ein Verständnis für zukunftsorientiertes und vorausschauendes Handeln. Gemeinsam mit UnterstützerInnen aus Wirtschaft, öffentlichen Einrichtungen, Vereinen und engagierten Privatpersonen hat die Verbandsgemeinde dieses grenzüberschreitende außerschulische Bildungsangebot auf die Beine gestellt. Dank bürgerschaftlichen Engagements und erfolgreicher Netzwerkarbeit gibt es inzwischen 300 ausgezeichnete „Zukunfts-Diplomanden“, die durch die Teilnahme an vielen spannenden Spiel-, Werk- und Bildungsangeboten fit für die Zukunft gemacht wurden. Mehr: www.vg-neuerburg.de

Am bilingualen Gymnasium Weißensee in **Berlin** wird erstmalig in Deutschland das **Schulfach „Kunst der Nachhaltigkeit“** angeboten, welches Natur- und Gesellschaftswissenschaften sowie die Künste und Sprachen miteinander vernetzt. Ihre Inhalte werden auf das Thema Nachhaltigkeit hin zugespißt und abhängig von aktuellen Gegebenheiten in einer problemorientierten Didaktik miteinander verknüpft. Das Fach besteht aus wöchentlichem Unterricht, Projekten, Erkundungen sowie Praktika, die innerhalb und außerhalb der Schule stattfinden können. Mit dieser Maß-



"Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Frage der geeigneten Technik und der richtigen Planung. Ganz entscheidend sind grundlegende Wertorientierungen und Einstellungen, die die Lebensweise der Menschen und unsere gesellschaftliche Wirklichkeit prägen."

Simona Ariane Pflaum, Stadt Freiburg

me fördert das Gymnasium wegweisend mündige SchülerInnen im Blick auf Selbstwirksamkeit und Demokratie(fähigkeit), soziale Toleranz und Wahrung natürlicher Ressourcen.

Mehr: www.werkstatt-n.de

Die Onlineplattform **fairlangen.org** unterstützt die BürgerInnen Erlangens dabei, fairer und nachhaltiger zu leben – und das mit konkreten Anregungen, Beispielen und Tipps vor Ort. Wo kann ich nachhaltige und fair gehandelte Produkte einkaufen? Wie komme ich in Erlangen am umweltschonendsten und schnellsten von A nach B? Wie kann ich mich in Erlangen engagieren? Diese und viele weitere Fragen werden ansprechend und mit vielen nützlichen Links beantwortet – was bei den BürgerInnen sehr gut ankommt.

Mehr: www.fairlangen.org

Der Stadtseniorenrat in **Herrenberg** hat 2007 eine inzwischen gut etablierte **Zeit-Tausch-Börse** ins Leben gerufen, welche auf dem Prinzip der Hilfe auf Gegenseitigkeit beruht. Alle BürgerInnen können, sobald sie sich angemeldet haben, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen anbieten und dann im Gegenzug von den Fähigkeiten anderer profitieren. So backen die einen Kuchen im Tausch gegen einen gemähten Rasen und lernen zugleich neue Menschen aus der eigenen Kommune kennen. Der bargeldlose Tausch arbeitet mit der Tauschwährung „DANK-Punkte“ und zieht auch über Herrenberg hinaus immer weitere Kreise.

Mehr: www.stadtseniorenrat-herrenberg.de



**„Sobald der Geist auf ein Ziel gerichtet
ist, kommt ihm vieles entgegen.“**

Johann Wolfgang von Goethe

Land in Sicht!

Behende und flexibel vorausregeln – das ist die Stärke von Kommunen, und sie tun dies mehr und mehr im Verband. Sie finden Verbündete unter ihresgleichen, aber auch unter einzelnen Nationalstaaten oder etwa auf europäischer Ebene. Rio+20 mag für viele nicht die Impulsstärke entwickelt haben, die sie sich erhofft hatten, dennoch wurde auf der größten UN-Konferenz aller Zeiten eines sehr deutlich: Es gibt mittlerweile eine Vielzahl an Initiativen und Bündnissen verschiedenster Akteure, die parallel zum internationalen Verhandlungsprozess agieren und teilweise von diesem inspiriert sind. Gleichzeitig tragen sie dazu bei, die Basis für globale Vereinbarungen auf UN-Ebene zu verbreitern:

- Im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird in Deutschland seit 2009 für alle von der Bundesregierung vorgeschlagenen Gesetze und Rechtsverordnungen abgefragt, welche Auswirkungen diese auf eine nachhaltige Entwicklung haben. Kommunale **Nachhaltigkeits-Checks** für Gemeinderatsvorlagen waren hier wegweisend.
- Mit der 2010 verabschiedeten Strategie '**Europa 2020**' werden erstmals in der Geschichte der Europäischen Union die wirtschaftlichen Wachstumsziele mit dem Schutz natürlicher Ressourcen und dem europäischen Gesellschaftsmodell zusammengeführt. Die Formel 'intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum' eignet sich durchaus auch als Richtschnur für die kommunale Ebene.
- Europaweit haben mehr als 3000 Städte und Gemeinden die **Aalborg Charta** unterzeichnet und sich damit zur Initiierung eines lokalen Nachhaltigkeitsprozesses verpflichtet. Mehr als 700 unterzeichneten zusätzlich die **Aalborg Commitments**,

die zusätzlich messbare Ziele und deren regelmäßige Überprüfung verlangen. Über 5000 europäische Kommunen bilden den **Covenant of Mayors** und verpflichten sich damit, die energiepolitischen Vorgaben der Europäischen Union zur Reduzierung der CO₂-Emissionen um 20 % bis zum Jahr 2020 noch zu übertreffen.

- Seit 2013 können Städte und Gemeinden europaweit ihre kommunalen Strategien und Projekte daraufhin überprüfen, ob sie einem integrierten Nachhaltigkeitsansatz genügen. Der sogenannte '**Referenzrahmen für nachhaltige Städte**' (RFSC) steht im Internet kostenlos zur Verfügung.
- Bereits im Vorfeld zu Rio+20 bildete eine Reihe Nationalstaaten auf Initiative Schwedens und Singapurs die Gruppe der '**Friends of the Cities**' und unterstützte damit kommunale Positionen in den zwischenstaatlichen Verhandlungen. Diese Gruppe setzt sich auch im Folgeprozess bei der Aufstellung der Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) wieder für die Forderungen der Städte und Gemeinden ein.

Ob die Zahl der Menschen, Kommunen, Regionen, Länder, Unternehmen und Organisationen, die eine nachhaltige Entwicklung aktiv vorantreiben, bereits die kritische Masse erreicht hat, die nötig ist, um den Prozess unabhängig von Konferenzergebnissen und Regierungswechseln unumkehrbar zu machen? Noch ist es zu früh, das zuverlässig beurteilen zu können, aber eine Vielzahl von Prozessen und Bewegungen zeigt:

Es ist Land in Sicht.



„Der Weg zu den Quellen geht gegen den Strom.“

Fritz von Unruh, deutscher Schriftsteller

Taue, Anker und Haken

Abschlussdokumente zu Rio+20

Rio+20 Abschlusserklärung „Die Zukunft, die wir wollen“ vom 27. Juli 2012

<http://www.uncsd2012.org/thefuturewewant.html>

Deutsche Übersetzung:

http://www.umwelt.nrw.de/umwelt/pdf/rio20_abschlussbericht_2012_uebersetzung.pdf

In Rio+20 registrierte, freiwillige Verpflichtungen von Regierungen, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Unternehmen und anderen.

<http://www.uncsd2012.org/rio20/allcommitments.html>

Abschlusserklärung vom alternativen „Gipfel der Völker“, welcher parallel zur offiziellen Konferenz stattfand.

<http://cupuladospovos.org.br/en/2012/07/final-declaration-of-the-peoples-summit-at-rio20/>

Kommunale Forderungen zu Rio+20 und thematische Briefings

Überblick über die kommunale Lobbyarbeit vor und in Rio mit vielfältiger Dokumentation der Ereignisse in der 'Global Town Hall' sowie der Konferenzergebnisse aus kommunaler Sicht:

<http://local2012.iclei.org>

„Botschaft vom ICLEI-Weltkongress 2012 an Rio+20“. Belo Horizonte, Brasilien, 17. Juni 2012

http://worldcongress2012.iclei.org/fileadmin/templates/WC2012/Documents/Message_from_ICLEI_World_Congress_to_Rio.pdf

Erklärung des Kongresses „Rio+20 – Nachhaltig vor Ort!“ Hannover, 9. Dezember 2011

<http://www.rioplus20kongress.de/erklaerung.html>

Nachhaltige Städte – Zusammenfassung von Verpflichtungen und Zielsetzungen (in Englisch)

<http://www.uncsd2012.org/content/documents/217Issues%20Brief%20No%205%20Sustainable%20Cities%20FINAL.pdf>

Analysepapiere

Licht und Schatten von Rio+20 aus kommunaler und regionaler Sicht. Analyse der Vereinten Städte und Kommunen (United Cities and Local Governments – UCLG). In Englisch.

http://cities-localgovernments.org/upload/docs/docs_en_telechargements/C.22.2012_EN_Rio_Outcome_Document.pdf

Eine strategische Analyse des Nachhaltigkeitsgipfels von Rio 2012. Beschwörung einer Grünen Wirtschaft vor dem Hintergrund struktureller Handlungsunfähigkeit der Staatengemeinschaft. Christoph Bals, Germanwatch.

<http://germanwatch.org/de/download/6415.pdf>

Rio+20 Abschlusserklärung. Einschätzung der Ergebnisse durch den WWF Deutschland:

http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_Analyse_Rioplus20_Abschlussdokument.pdf

ICLEI weltweite Bestandsaufnahme anlässlich Rio+20 'Taking Stock and Moving Forward' beschreibt die globale kommunale Nachhaltigkeitsarbeit der letzten zwei Jahrzehnte und gibt einen Ausblick:

<http://local2012.iclei.org/local-sustainability-study/>

Videos

Kommunale Stimmen aus der 'Global Town Hall' vom Gipfel Rio+20:

<http://www.youtube.com/watch?v=3P1hLR7xN9U&feature=youtu.be>

Suche nach Statements zu bestimmten Themen in den Reden vor und während Rio+20:

<http://www.uncsd2012.org/index.php?menu=91>

Erwartungen und Äußerungen von deutschen Bürgermeistern zu Rio+20:

<http://www.nachhaltigkeit-kommunal.eu/index.php?id=146>

Weitere kommunale Beispiele zu den 8 neuen Horizonten

Sich gemeinsam hinter ein erreichbares Leitziel stellen.

Den Titel 'Aktivste Stadt Deutschlands' strebt Rottenburg am Neckar an und nutzt bewusst Instrumente wie den Stadtentwicklungsplan oder das kommunale Klimaschutzkonzept, um seine EinwohnerInnen dafür zu begeistern, die vom demografischen Wandel betroffene Stadt altersgerecht, kinder- und familienfreundlich sowie offener für Menschen mit Migrationshintergrund zu gestalten.

Mehr: www.rottenburg.de

Die Stadt **Freiburg im Breisgau** hat sich als **Green City weltweit einen Namen gemacht**, indem sie eine engagierte Umweltpolitik mit einem nachhaltigen Energiemanagement verknüpft und durch die thematische Zusammenarbeit in den Bereichen Arbeit, Bürgerbeteiligung, Marketing, Tourismus, Bauen, Forschung oder Bildung eine Vielzahl innovativer ökologischer, technischer und organisatorischer Lösungen vorweisen kann.
Mehr: www.greencity.freiburg.de

Saerbeck im Münsterland will als Klimakommune 2030 eine CO₂-neutrale Energiebilanz erreichen und zeigt, dass auf diesem Weg die BürgerInnen im Mittelpunkt stehen müssen, um die soziale und ökonomische Wertschöpfung vor Ort erfolgreich und selbstbestimmt auszugestalten.
Mehr: www.saerbeck.de

Allumfassend verfolgt Sieben Linden die Vision eines Ökodorfs mit zukunftsweisenden Ideen – angefangen von der verantwortungsvollen Nutzung lokaler Ressourcen, über die Bauweise nach Passivhausstandard mit nachwachsenden Baustoffen bis hin zu einem nachhaltigeren Lebensstil durch gemeinschaftliche und kulturelle Impulse.
Mehr: www.siebenlinden.de

InnovationCity Ruhr | Modellstadt Bottrop – unter diesem Leitziel beschreitet die Stadt im Pott ihren Weg im Strukturwandel. Stille Zechen, knappe Kassen und eine alternde Gesellschaft dienen unter der Initiative jetzt als Spielfelder für eine neuartige Stadtentwicklung mit frischen Gedanken und Ansätzen.
Mehr: www.bottrop.de

Nachhaltigkeitssteuerung institutionell verankern.

Angefeuert von der Vision, unabhängig von außerregionalen Energieversorgern zu werden, hat der **Landkreis Steinfurt** gemeinsam mit ansässigen Unternehmen, Institutionen, Kommunen und Bürgern ein breites Netzwerk gebildet. Koordiniert vom Agenda-Büro des Kreises rauchen jetzt die Köpfe auf den Arbeitskreis-Marktplätzen „Strom“, „Wärme“, „Mobilität“ und „Effizienz“ und bringen das Steinfurter **Energieland 2050** mit nachahmenswerten Initiativen wie „Unser Landstrom“ oder BürgerBus voran.
Mehr: www.energieland2050.de

Um dem Ziel einer nachhaltigen Kommune näherzukommen, legt die **Stadt Neu-Ulm** jährlich vor den Haushaltsberatungen einen **Nachhaltigkeitsbericht** vor, der Rechenschaft über die lokalen Entwicklungen im Bereich Nachhaltigkeit ablegt:
www.nu.neu.ulm.de

Die **Stadt Kempten** im Allgäu stimmt das lokale Verwaltungshandeln auf die 2009 beschlossenen strategischen Ziele ab und stellt mit ihrem modernen elektronischen Ratssystem alle Ratsbeschlüsse und relevanten Dokumente online:
www.kempten.de

Damit die Nachhaltigkeitsarbeit nicht ins Hintertreffen gerät, werden dem Gemeinderat der **Stadt Lörrach** vierteljährlich Berichte über die Erfüllung der selbst gesteckten Jahresziele aus fünf Bereichen vorgelegt, um so die lokale Nachhaltigkeitsarbeit stetig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.
www.loerrach.de

Von zivilgesellschaftlichem Engagement getragene Bewegung ermöglichen.

Das **Praxisbuch Partizipation** der **Stadt Wien** liefert Gestaltern des öffentlichen Raums eine exzellente Zusammenfassung von Erklärungen und Handreichungen zur Vorbereitung und Durchführung professioneller Partizipationsprozesse:
www.wien.gv.at

Die Transition Town **Hannover** Bewegung bringt Gärten mit der **rollenden Gartenparty** auf die Straße und schafft so ein Bewusstsein für die Möglichkeiten, öffentliche Plätze grüner, bunter und belebter zu gestalten:
www.tthannover.de

Der Verein **Machbarschaft Borsig e.V.** in **Dortmund** ist ein exzellentes Beispiel für das Potenzial zivilgesellschaftlicher Initiativen, das Leben in sogenannten Brennpunktquartieren durch interkulturellen Austausch und kreative Stadtentwicklung nachhaltiger, fairer und nachbarschaftlicher zu gestalten:
www.borsig11.de

Dank der **Urbanauten** in **München** und ihrer innovativen Nutzung öffentlicher Räume können auch alteingesessene Münchner die Stadt mal von einer neuen Seite kennenlernen – mit politischen Diskussionen, Kunstinstallationen, Ausstellungen, Musik, Vorträgen und allerlei unterschiedlichen Gemeinschaftserlebnissen:
www.urbanaut.org

Die offene Begegnungsplattform **Freiburg im Wandel e.V.** hat es sich zum Ziel gesetzt, Nachhaltigkeit, Mitmenschlichkeit und Zukunftssinn zu fördern und es dabei geschafft, relevante Akteure in Freiburg gut zu vernetzen und zu neuen Projekten und Veranstaltungen zu inspirieren:
www.freiburgimwandel.de

„**Leben braucht Vielfalt**“ – unter diesem Motto startet jedes Jahr seit 2002 das internationale Kultur- und Umweltfest in Solingen auf dem über 120 Vereine, Einrichtungen und Initiativen zeigen, was Solingen an sozialen, interkulturellen, ökologischen und entwicklungspolitischen Projekten und Engagement zu bieten hat:

www.solingen.de

Vom 'gefällt mir' zum 'mach ich'.

Am Oberrhein setzt sich **Lörrach** das Ziel, den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen deutlich zu erhöhen. Auf Initiative der Lokalen Agenda 21 eröffnete die Stadt gemeinsam mit vielen Partnern eine Velostation. Um sowohl BürgerInnen als auch Touristen in der Freizeit zu mehr Radfahren anzuregen, wurde eine **Smartphone-App zu 'Mythischen Orten'** speziell für die Region um das Rheinknie zur Verfügung gestellt. Ähnlich betreibt die Kommune **Saerbeck** mit einer App zum örtlichen **Energieerlebnispfad** digitale Öffentlichkeitsarbeit.

Mehr: www.velostation-loerrach.de

und www.facebook.com/energie.app.saerbeck

Einen thematisch **eigenständigen Webauftritt zur Nachhaltigen Stadt Leutkirch** lancierte die Kommune im Allgäu – und fährt gut damit. Wissen, Dienstleistungen, Projekte und Beteiligungsmöglichkeiten an der lokalen Energiewende werden angeboten. Videos und die aktuellen Daten zur CO₂-Einsparung und Stromerzeugung aus dem heimischen Solarpark interagieren mit den 'Besuchern'. Ferner können BürgerInnen frische Ideen auf einem Onlinenotizblock kommunizieren.

Mehr: www.nachhaltige-stadt-leutkirch.de

Die von der Bertelsmann-Stiftung angelegte, frei zugängliche **Informationsplattform Wegweiser Kommune** bietet EntscheiderInnen in der Politik und im Management deutscher Städte und Gemeinden sowie allen interessierten kommunalen Akteuren interaktiv und ansprechend aufbereitete Daten, Bevölkerungsprognosen und konkrete Handlungskonzepte für die kommunale Praxis zu den Bereichen demographischer Wandel, Finanzen, Bildung, soziale Lage und Integration.

Mehr: www.wegweiser-kommune.de

Beim Nachbarn geschaut, bietet kommunalnet.at für Städte und Gemeinden das größte **Arbeits- und Informationsportal in Österreich**. Verwaltungsangestellte haben mit einem einzigen Passwort die Möglichkeit, Zugang zu hoheitlichen Bundes- und Landesanwendungen (zentrale Register) zu bekommen. Die Internetplattform ballt kommunales Wissen zu z. B. Finanzen, Steuern und Recht zusammen, bietet praxisnahe Vorlagen für öffentliche Einladungen oder Musterartikel

für die Gemeindezeitung sowie dutzende bewährter Verfahren zum E-Government an. Darüber hinaus können Kommunen auf einem virtuellen „Marktplatz“ von Preisrabatten von bis zu 40 % durch das Verfahren einer gemeinsamen Beschaffung profitieren.

Mehr: www.kommunalnet.at

Beim Wirtschaften ansetzen.

Die Stadt Marburg unterstützt den eingetragenen Verein **RADikate** dabei, Fahrräder länger rollen zu lassen. In der Selbsthilfswerkstatt bekommt man Rat wie Werkzeug und kann seinen Drahtesel einsatzfähig halten. Reparaturcafés, die eine lokale, nachhaltige Kreislaufwirtschaft sozial befördern, gibt es schon viele. Kommunen und deren Entsorgungsbetriebe, wie z. B. der der Stadt Bielefeld, welcher eine RecyclingBörse aufgelegt hat, sollten Freiraum zur Instandsetzung stärker fördern.

Mehr: www.radikate.org

und www.recyclingboerse.org

und www.offene-werkstaetten.org

Die **Stadt Frankfurt** ist anlässlich seiner Kampagne „Frankfurt spart Strom in KMUs“ offizielle Kooperationspartnerin von **Gastromobs** geworden. Was ist das? Gastromobs ist eine Spezialform von **Carrotmobs**. Die Hamburger Carrotmob Gruppe erklärt, dass es sich hierbei um einen „Buykott“ oder Anti-Boykott handelt: Es ist ein verabredetes Konsumieren zu einem bestimmten Zeitpunkt für einen guten Zweck. Der Laden, in dem sich alle zum Einkaufen treffen, gibt einen bestimmten Umsatzanteil für Klimaschutz aus. Das Geschäft wird aus mehreren Mitbewerbern ausgewählt. Der Bewerber, der sich bereit erklärt, den größten Prozentsatz des Tagesumsatzes zu investieren, gewinnt.

Mehr: www.carrotmobfrankfurt.de

und www.carrotmobhh.de

Positive Effekte für Ökologie und Ökonomie haben u. a. die **Landkreise Borken und Warendorf** durch die Einführung eines **Heckenmanagements** erzielt. Durch das Projekt „Energiequelle Wallhecke“ wird ein ungenutzter, regenerativer Energieträger für die Region erschlossen. BesitzerInnen von Hecken können diese dem Kreis zur Bewirtschaftung gegen ein Entgelt zur Verfügung stellen. Das „Heckenmanagement“ des Kreises erfasst Ort und Potenzial und schreibt die Bewirtschaftung an regionale Unternehmen aus. Das Heckenpflegekonzept schafft im regionalen Energiesektor Arbeitsplätze, hilft mit, lokale Klimaziele durch die Einsparung von fossilen Brennstoffen zu erreichen und leistet gleichzeitig einen Beitrag zur Erhaltung der vorherrschenden Kulturlandschaft.

Mehr: www.energiequelle-wallhecke.de

Regenerative, ressourcenproduktive Stadtregionen schaffen.

Die **Zwischenzeitzentrale** weckt vielerorts leer stehende Häuser in **Bremen** auf, indem sie geeignete Objekte aufspürt, EigentümerInnen berät, mit NutzerInnen Konzepte entwickelt und Zwischennutzungsprojekte begleitet – ein Gewinn für alle beteiligten Akteure:

<http://www.zzz-bremen.de>

Im **Kreis Steinfurt** werden Hecken in Wert gesetzt, indem mit Hilfe des **Heckenpflegeprogramms** das Schnittgut von regionalen Unternehmern und Biotopverbänden energetisch genutzt und gleichzeitig die örtliche Parklandschaft gepflegt und erhalten wird:

www.agenda21.kreis-steinfurt.de

Die **Hamburger Initiative gruenanteil.net** organisiert spannende Aktionen und Projekte, um im urbanen Alltag mehr Natur zu erhalten, zu erleben und mitzugestalten und baut dabei ein stetig wachsendes Netzwerk von Gleichgesinnten auf, das Stadtnatur, Naturgärten, öffentliches Grün und Spielräume miteinander verbindet:

www.gruenanteil.net

In ganz Deutschland sprießen mit vielen Werkzeugen ausgestattete **Repair Cafés** aus dem Boden, in denen BürgerInnen alleine oder gemeinsam defekte Gegenstände reparieren und so vor der Müllkippe bewahren können:

www.repaircafe.de

Dank der Deutschlandkarte, die von **Mundraub.de** zur Verfügung gestellt wird, kann jeder zum Erntehelfer werden – alle registrierten NutzerInnen können Obst, Nüsse, Beeren und Kräuter eintragen, die von jedermann geerntet werden dürfen:

www.mundraub.de

Die Initiative **Trenntstadt Berlin** der Berliner Stadtreinigung setzt sich für Abfallrecycling und -vermeidung in der Hauptstadt ein und hat dafür Wettbewerbe, Kampagnen, Festivals ins Leben gerufen und viele kreative Neunutzungsideen parat:

www.trenntstadt-berlin.de

Allmendekontor ist eine zivilgesellschaftliche Initiative in **Berlin**, die Gemeinschaftsgärten und Projekte der urbanen Landwirtschaft vernetzt und so Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für StadtgärtnerInnen leistet, Selbstorganisation fördert und bei der Kommunikation und Kooperation mit der Verwaltung unterstützt:

www.allmende-kontor.de

Der **Abfallwirtschaftsbetrieb München** hat einen sehr hilfreichen Reparaturführer veröffentlicht, der nach Branchen sortiert Handwerksbetriebe und Geschäfte auflistet und so BürgerInnen dabei hilft, die geeigneten Reparaturdienstleister in der Nähe zu finden:

www.awm-muenchen.de

Lokale Antworten auf die Frage nach dem 'rechten Maß' finden.

Seit 2010 sammelt Stuttgart über ein Online-Wiki regionale Umwelttipps und Ideen für eine nachhaltige Entwicklung. Wer gesellschaftlich etwas durch Wissen verändern will oder auch nur den nächsten Second-Hand-Laden in der Nähe sucht, der kann leicht durch das **Umwelthandbuch Stuttgart** sein praktisches Handeln im täglichen Leben umstellen. Die schwäbische Initiative ist nachahmenswert.

Mehr: www.umwelthandbuch-stuttgart.de

Auf dem von der Stadt eingerichteten Web-Flohmarkt können WienerInnen Abfälle vermeiden, indem sie Gebrauchsgegenstände verkaufen, tauschen und verschenken. Neuerdings ist auch ein **Tauschmarkt für Nachbarschaftsdienste**, für die Suche und das Anbieten von kleineren Arbeiten, Erledigungen, Nachhilfe u. Ä. dazugekommen. Über den Wiener Web-Flohmarkt treffen sich jetzt beispielsweise zwei Menschen, die sich gegenseitig beim Umzug oder bei der Reparatur der Satellitenanlage helfen. Auch in deutschen Städten wird so zunehmend soziales Miteinander für die Nachhaltigkeit gepflegt.

Mehr: www.wien.gv.at/webflohmarkt/internet

und www.leila-berlin.de

und www.leihbar.org

Seit vielen Jahren engagiert sich das Berliner **Bezirksamt Pankow** dafür, seinen öffentlichen Gebäuden durch Verhaltensänderungen mehr Energieeinsparung zu „entlocken“. Bewusst setzt der Bezirk dabei nicht primär auf finanzielle Anreize wie etwa beim Fifty-Fifty Ansatz, sondern konzentriert sich auf die pädagogisch-kommunikative Perspektive. Das Projekt **„Köpfchen statt Kohle“** bezieht dabei Schulen, Kultureinrichtungen, Jugendfreizeitstätten und Verwaltungsgebäude mit ein.

Mehr: www.berlin-klimaschutz.de/klimaschutzprojekte-berlin

Die Initiative **echt+ vernetzt im Münchner Umland** KäuferInnen mit Bauern und Lebensmittelbetrieben, die sich dem ökologischen Landbau und einer ethischen Produktion verschrieben haben. Durch die direkte Belieferung einmal pro Woche per Flatrate-System wird CO₂ beim Transport eingespart. Durch die Direktvermarktung landet auch „ungenormtes“ Ge-

müse, welches ansonsten vom Supermarkt aussortiert wird, im Suppentopf. Die verhinderte Lebensmittelverschwendung ermöglicht den Betrieben auf diese Weise eine Mischkalkulation, mit der aufwändige Zusatzarbeiten finanziert werden können.

Mehr: www.echtplus.de
und www.culinarymisfits.de

Über das Hier und Jetzt hinausdenken.

In der Tradition der New Yorker Trade School bietet die Tauschakademie (TAAK) **Halle** allen BürgerInnen eine einmalige Möglichkeit, voneinander zu lernen: Jede/r kann einen Workshop anbieten, und andere können im Tausch gegen beispielsweise eine leckere Suppe oder eine Fahrradreparatur daran teilnehmen:

www.taak-halle.de

In **Leutkirch** hat eine Bürgergenossenschaft aus Jung und Alt das örtliche Bahnhofsgebäude gekauft, saniert und mit innovativen Visionen, wie etwa der eines Fahrradhotels, belebt und so der Stadt und seinen BürgerInnen einen wichtigen Treffpunkt für Einheimische und Touristen zurückgegeben:

<http://www.leutkircher-buergerbahnhof.de>

Die Stadtverwaltung **Rottenburg** unterstützt Bildungseinrichtungen vor Ort mit Know-how, Materialien und Geldmitteln und

hilft so dabei, Projektstage, Jugend-Klimagipfel und Workshops rund um Fragen der Energie und des Klimaschutzes zu organisieren und Kinder und Jugendliche erfolgreich für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren:

<http://www.rottenburg.de>

In vielen deutschen Städten haben sich Initiativen der internationalen **Transition Towns Bewegung** „Städte im Wandel“ gebildet, die mit vielen Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen einen lokalen Übergang hin zu einer postfossilen, relokaliserten Wirtschaft schaffen will:

www.transition-initiativen.de/

Die städtebauliche Aufwertung einer Hauptstraße in **Norderstedt** wird mit intensiver Einbindung der AnliegerInnen geplant. Die Stadt und der zum IKUS zusammengeschlossene Einzelhandel zeigen seit 2008 alljährlich beim autofreien Straßenfest auf dieser Ulzburger Straße Alternativen auf und machen sie für die Planung nutzbar. Das zieht rund 40.000 Menschen an – die Hälfte von Norderstedts Bevölkerung:

www.norderstedt.de

Alle Links des Serviceteils sowie viele weitere nützliche Informationen rund um die deutsche Nachhaltigkeitsarbeit nach dem Rio+20 Gipfel finden Sie online auf
www.nachhaltigkeit-kommunal.eu/rio-20

Quellennachweise:

- 1 <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/uno-gipfel-rio-20-minister-altmaier-verteidigt-kompromiss-a-840215.html>
- 2 <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/uno-gipfel-rio-20-minister-altmaier-verteidigt-kompromiss-a-840215.html>
- 3 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/enttaeuschung-ueber-rio-altmaier-stellt-mega-gipfel-infrage/6789278.html>
- 4 <http://www.uncsd2012.org/content/documents/790Summary%20of%20Voluntary%20Commitments%20Registered%20at%20Rio20%20v6.pdf>
- 5 <http://www.uncsd2012.org/index.php?page=view&nr=1308&type=230&menu=38>
- 6 <http://www.uncsd2012.org/content/documents/1084shaclosing.pdf>
- 7 <http://www.uncsd2012.org/content/documents/1037usa1.pdf>
- 8 UN Resolution A/RES/64/236 (24.12.2009), Paragraph 20a
- 9 UN Resolution A/RES/64/236 (24.12.2009), Paragraph 20e
- 10 UN Resolution A/RES/64/236 (24.12.2009), Paragraph 21
- 11 Erklärung Rio+20 – Nachhaltig vor Ort! <http://www.rioplus20kongress.de/erklaerung.html>; www.netzwerk21-kongress.de
- 12 Kernbotschaften des ICLEI-Weltkongresses 2012: http://local2012.iclei.org/fileadmin/files/Message_from_ICLEI_World_Congress_to_Rio.pdf
- 13 Abschlussrede des UN-Untergeneralsekretärs Sha Zukang am 22. Juni 2012: <http://www.uncsd2012.org/content/documents/1084shaclosing.pdf>
- 14 <http://www.uncsd2012.org/voluntarycommitments.html>
- 15 Details: <http://sustainabledevelopment.un.org/index.php?menu=1549>
- 16 Details: United Nations General Assembly: Format and organizational aspects of the high-level political forum on sustainable development, Draft Resolution: http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/67/L.72&Lang=E
- 17 Details: <http://sustainabledevelopment.un.org/index.php?menu=1558>
- 18 <http://www.uncsd2012.org/index.php?page=view&nr=1304&type=230&menu=38>
- 19 Diese Daten und mehr zu den Verpflichtungen in: United Nations Department of Economic and Social Affairs: Special edition of the Sustainable Development in Action Newsletter, July 2013.
- 20 <http://roadlogs.rio20.net/pt-br/vitoria-do-ativismo-na-cupula-dos-povos/> & <http://pagina13.org.br/2012/06/cupula-dos-povos-reune-80-mil-pessoas-em-marcha-no-rio/>
- 21 Jeb Brugmann: Call for a Local Agenda 21, ICLEI Paper, International Council for Local Environmental Initiatives, Toronto/Canada 1992.
- 22 Deutschland im Demographischen Wandel 2030 – Datenreport. Bertelsmann-Stiftung 2011
- 23 Auf die Plätze, fertig, Energiewende! Kommunen zwischen Startblock und Ziellinie. Umweltbundesamt 2012

